

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

95/17

MOÇAMBIQUE

Alternativen zur Krise

INTERVIEW

Japhet Moyo

NAMIBIA

Gefährdeter Brandberg



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC:

- » Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
URL: <http://www.sadocc.at>
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- » Stadtpaziergänge „Afrikanisches Wien“
- » Projekt Jugendzentrum in Soweto

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960, IBAN AT70600000093009960, BIC BAWAATWW).

Mitarbeit bei SADOCC

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

SADOCC-Aktionsgruppe Südafrika:

Fundraising für Jugendzentrum in Soweto,
Wanderausstellung Nelson Mandela
Mandela-Tag Juli 2018
Kontakt: office@sadocc.at

Österreichische Namibia-Gesellschaft:

Unterstützung der Musikschule in Tsumeb
Kontakt: namibia@sadocc.at

Lesezirkel für afrikanische Literatur:

Diskussion afrikanischer Literatur – vorwiegend von erzählerischen Texten von Autor/inn/en aus Subsahara-Afrika, egal in welcher Originalsprache verfaßt, von denen deutsche Übersetzungen greifbar sind.
Kontakt: lotte.rieder@sadocc.at

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC. Letzte Buchveröffentlichung: k.u.k.in Ostafrika (Franz Kotrba). Aktuelles Projekt: Tiroler Missionshelfer in Rhodesien (Andrea Sommerauer)

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW

... Leserbeitrag ...

zum Beitrag von Robyn-Leigh Cedras (INDABA 94/17)

Im Sommer habe ich den Artikel über das Rupert Museum mit Interesse gelesen – schließlich produziere ich ja auch selbst Kunst. Was mir allerdings – mit wenigen Ausnahmen – abging, waren die „farbigen“ und „schwarzen“ Künstler, die es doch sicher auch gibt. Vielleicht könnt Ihr anregen, dieser Seite etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Und ein Überblick im INDABA über Südafrikas „farbige“ und „schwarze“ Kunst wäre ebenfalls wünschenswert.

Richard Langthaler
(Wien)

	3	Moçambique Die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind für Hemma Tengler Argumente für einen alternativen Entwicklungsweg
Joseph Hanlon zur „neuen Schuldenkrise“ von Moçambique	4	
		
Kurznachrichten	9	
		12
		Japhet Moyo im Gespräch Der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes von Zimbabwe zur aktuellen Krise im Land
Kirchliche Entwicklungsarbeit im Norden von Zimbabwe	15	
		16
		Lutherischer Weltbund in Namibia Ilse Hanak berichtet aus Windhoek über die Vollversammlung im Reformationsjahr
Endlich Beschluß über Atomwaffenverbot – aber Umsetzung fehlt noch	18	
		19
Kolumne von Adalbert Krims		
		20
		Brandberg/Dâures André du Pisani fordert eine Strategie zur Bewahrung des Natur- und Kulturerbes von Namibia

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien (1050 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Ilse Hanak, Adalbert Krims, Simon Loidl, Blessings Nqo, André du Pisani, Peter Prinesdom, Manfred Sauer, Walter Sauer, Hemma Tengler, Magdalena Waygand, Veronika Wittmann. **Fotos:** epdÖ, Richard Pobaschnig, SADOCC, Walter Sauer, Elisabeth Wallner, Veronika Wittmann, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 10. September 2017. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Shula Marks, London; Kirsten Rütter; Godwin Schuster.

Moçambique am Scheideweg

Die politische und wirtschaftliche Krise von 2016/17

Derzeit wird Moçambique von einer dreifachen Krise heimgesucht: dem politisch-militärischen Konflikt, der Wirtschafts- und Finanzkrise und der ökologischen Krise. Diese Situation kommt nicht von ungefähr und hat ihre Wurzeln in den ungelösten sozialen, politischen und strukturellen Problemen. Was sind die Hintergründe? Welche Szenarien und Optionen der Krisenbewältigung und der nachhaltigen Entwicklung hat das Land? Moçambique steht an einem Scheideweg seiner Geschichte.

Von Hemma Tengler.

Nach dem Friedensabkommen von 1992 wurden die Wurzeln der Instabilität und der politischen und sozialen Gegensätze nicht angegangen. Regionale Disparitäten mit einem Entwicklungsgefälle Süd-Nord verschärften sich. Maputo boomte, während die Entwicklung in den Provinzen nur langsam vorankam. Der Zugang zu Jobs und Ressourcen ist auf FRELIMO-Anhänger begrenzt, Privilegien und Macht konzentrieren sich in den

selbst aus: Sie boykottierte die ersten Munizipalwahlen, drohte wiederholt mit Wahlboykott, verschlief die aktive Teilnahme an den Beratungsgremien in den Distrikten (*Conselhos Consultivos Distritais*). Das rechtsstaatliche politische Instrumentarium lernte sie erst spät zu nutzen. Sie reklamiert die teilweise Nichterfüllung des Friedensabkommens von 1992, legt Beweise zu Unregelmäßigkeiten bei Wahlen vor, stellt einen Gesetzesantrag auf Änderung der Staatsform nach dem Modell des Föderalismus, der abgelehnt wird.

Der politisch-militärische Konflikt beginnt im April 2013 mit Angriffen der RENAMO auf militärische und zivile Ziele im Zentrum und Norden Moçambiques. Ein Griff zu den Waffen aus Verzweiflung und Taktik des politischen Überlebens? Dhlakama leitet ihn von Gorongosa aus.

Im Oktober 2013 greifen Regierungstruppen erfolglos sein Hauptquartier in Satungira an. Daraufhin kün-

digte die RENAMO das Friedensabkommen von Rom von 1992. Im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen werden im September 2014 die Feindseligkeiten eingestellt, Präsident Guebuza und RENAMO-Führer Dhlakama einigen sich auf ein Amnestiegesetz. Bei den Wahlen im Oktober 2014 kommt es zu Unregelmäßigkeiten. Filipe Nyusi (FRELIMO) gewinnt mit 57% und wird neuer Staatspräsident, Dhlakama kommt auf 36%. Die RENAMO gewinnt die Mehrheit in fünf der zehn Provinzen.

Nach der Ablehnung des RENAMO-Gesetzesantrages zur Dezentralisierung und der Ermordung des Verfassungsrechtlers Gilles Cistac lebt 2015 der militärische Konflikt im Zentrum Moçambiques wieder auf und intensiviert sich 2016. Vermittlungsversuche internationaler Mediatoren bleiben erfolglos. Im Dezember 2016 erklärt Dhlakama einen vorübergehenden Waffenstillstand, der bis heute eingehalten wird.

Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Konflikts waren beträchtlich. Die militärischen Ausei-

**Anhaltender
politischer
Konflikt**



Blick auf den Hafen von Maputo

Händen ihrer Elite. Der systemimmanente Klientelismus grenzt die große Mehrheit der Bevölkerung und die RENAMO aus: sozial und politisch. Die RENAMO grenzt sich aber auch

nersetzungen konzentrierten sich auf die Zentrumsprovinzen Sofala, Manica, Zambezia und Tete. Die Anzahl der Todesopfer auf beiden Seiten ist ungewiß, es gibt keine offiziellen Zahlen, die Medien schweigen über die Anzahl der Opfer. Ich selbst habe einige Berichte von Augenzeugen und betroffenen Familien über Entführungen, Morde und Überfälle gesammelt. Es kam zur Ermordung von FRELIMO-nahen Bürgermeistern durch die RENAMO. Todesschwadronen der FRELIMO entführten und ermordeten RENAMO-Anhänger und Führungskräfte in ländlichen Distrikten und in Beira. Angst und Schrecken führten zum Verlassen der Dörfer, Märkte und Felder. Aus Sicherheitsgründen wurden zahlreiche ländliche Schulen geschlossen. Etwa 10.000 Menschen flüchteten in das benachbarte Malawi.

Angriffe der RENAMO auf Busse und LKWs, in denen sie Regierungssoldaten und Waffentransporte vermuteten, beeinträchtigten die Nord-Süd-Verbindung und die Straße Tete-Chimoio. Die politische Instabilität zog Handel und Wirtschaft in Mitleidschaft.



Friedensgespräche September 2016

Als Wachstumsstrategie der Regierung fungiert seit 2005 die Förderung der extraktiven Industrie mit Hilfe ausländischer Direktinvestitionen, da dem Land Kapital, Technologie und Facharbeitskräfte fehlen. Moçambique hat bedeutende Rohstoffvorkommen,

Moçambiques

Es geht um drei Kredite und zwei Anleihen im Gesamtwert von zwei Milliarden US-Dollar, welche die Regierung von Moçambique in den Jahren 2013 und 2014 ohne Genehmigung (und ohne Information) des Parlaments aufgenommen hat respektive durch einheimische Banken aufnehmen hat lassen. Das Vorgehen wurde natürlich ruchbar, worauf der Internationale Währungsfonds und Moçambiques Gläubigernationen (die sog. G14) ihre Zahlungen und Budgethilfeprogramme einstellten. Die Regierung in Maputo inkludierte daraufhin die Kreditaufnahme ins Budget von 2015 und beauftragte das New Yorker Wirtschaftsprüfungsunternehmen *Kroll Inc.* mit der Prüfung der Transaktionen. Der von Kroll Inc. im Juni heurigen Jahres veröffentlichte Bericht (Summary: <http://bit.ly/Kroll-sum>) führte zu einer heftigen politischen Diskussion. Aus Sicht von Japan und der Weltbank ist er unzureichend, da den Prüfern eine volle Kooperation von nationalen und internationalen Institutionen vorenthalten wurde. Als Konsequenz daraus wird es vorerst keine weiteren Direktfinanzierungen der moçambikanischen Regierung geben, auch wenn seitens der Weltbank grundsätzlich die Absicht besteht, die Budgethilfe wieder aufzunehmen. Seitens der G14 wurde auch verlangt, daß die Lücken im Bericht von Kroll entsprechend aufgefüllt werden müssen. Ebenso wurden Forderungen hinsichtlich einer generellen Reform der Finanzgebarung der Regierung von Moçambique erhoben. Japan drängt in eine ähnliche Richtung und möchte, daß Maßnahmen getroffen werden, damit sich eine solche Situation nicht wiederholt.

Das Kroll-Audit wies jedoch auch darauf hin, daß die Verantwortung nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei jenen moçambikanischen Institutionen zu suchen ist, die die Darlehen erhielten, und ebenso bei den vergebenden Banken *VTB* und *Credit Suisse*. Diese hätten ja wissen müssen, daß die Kredite gegen die moçambikanische Verfassung verstießen. Deshalb wäre nicht die Regierung verantwortlich für die illegitimen Kredite, sondern eben die vergebenden Banken.

Unter den geldgebenden Nationen herrscht somit eine Spaltung. Die EU und Großbritannien argumentieren, daß die moçambikanische Regierung haften und zurückzahlen sollte. Die Schweiz, Schweden, Kanada und einige andere Staaten plädieren hingegen dafür, daß Moçambique die Schuld für illegitim erklären und sich weigern sollte zu zahlen.

Der Journalist und Sozialwissenschaftler Joseph Hanlon (*Open University Milton Keynes*) vertritt, ebenso wie zahlreiche Nichtregierungsorganisationen sowie die Katholische Bischofskonferenz in Moçambique, hinsichtlich eines Anteils von 1,157 Milliarden die zweitere Ansicht. Er untermauert dies mit mehreren Argumenten:

Kreditdesaster

Erstens waren die Unterzeichner – der damalige Finanzminister Manuel Chang beziehungsweise der damalige Nationale Budgetdirektor und heutige Vizeminister Isaltina Lucas – nicht dazu berechtigt, die staatliche Garantie für die Kredite zu unterschreiben. Dadurch wäre diese Garantie rechtlich wertlos.

Zweitens wurden die Kredite nicht für den angegebenen Zweck verwendet. Von den 850 Mio \$ des Ematum-Bonds beispielsweise wurden nur 91 Mio. Dollar tatsächlich für Fischerboote verwendet. Zusätzlich wurden wirtschaftlich falsche Annahmen getroffen, etwa ein im Vergleich zu den Seychellen fünffach höherer Erlös durch den Verkauf von Thunfisch.

Drittens kamen die Banken der Sorgfaltspflicht nicht nach. Es wurde verabsäumt zu prüfen, ob die Kreditvorhaben realistisch waren und/oder keine wissentlich falschen oder unwahren Aussagen seitens des Kreditnehmers getätigt wurden.

Hanlons viertes Argument ist die Korruption. Durch das Verheimlichen der Kredite und des gesamten Vorgangs von der Kreditvergabe bis zur Durchführung der Vorhaben lastet der moçambikanischen Regierung ein Geruch von Korruption an.

Während nun die Regierung bereits überstürzt und zu ihrem rechtlichen Nachteil eine teilweise Haftung übernommen hat, gilt es jetzt also laut Hanlon, die Banken in ihre Pflicht zu nehmen. Nun ist laut Darlehensvertrag geregelt, daß bei Nichterfüllung die englischen Gerichte zuständig sind. Diesen wäre – so wurde es interessanterweise der Regierung in Maputo gesagt – eine Verletzung der moçambikanischen Verfassung egal. Ein Urteil im März dieses Jahres zeigte jedoch, daß dies nicht unbedingt stimmt.

In diesem Fall argumentierte die Ukraine, einen russischen Kredit von 3 Mrd. US-\$ nicht zurückzahlen zu wollen, weil er verfassungswidrig aufgenommen worden wäre. Diese Position wurde vom Gericht zwar abgelehnt, doch hielt das Gericht ausdrücklich fest, Verletzungen einheimischer gesetzlicher Regeln seien deshalb nicht in jedem Fall irrelevant. Außerdem war der Kredit an die Ukraine an die Regierung gegangen, während im Fall von Moçambique private Firmen die Nutznießer waren. Laut Hanlon bedeutet dies, daß Moçambique eine hohe Chance hätte, vor den englischen Gerichten zu gewinnen.

Joseph Hanlon plädiert daher dafür, die Regierung in Maputo müsse klar machen, daß sie keine Verantwortung für die illegalen Kredite übernehmen und sich konsequent in Zahlungsverweigerung üben würde.

Peter Prinesdom/Red.

seine *off-shore*-Erdgasvorkommen gehören zu den größten der Erde.

Moçambiques Außenwirtschaft ist durch einen Überhang an Importen gekennzeichnet. Das Verhältnis zwischen Importen und Exporten hat sich in den letzten Jahren zu Ungunsten der Exporte entwickelt und macht das Land stark importabhängig, vor allem bei Erdöl, Fahrzeugen, Maschinen und Getreide.

Im größten Beschäftigungssektor, der Landwirtschaft, überwiegen kleine Familienbetriebe mit niedriger Flächen- und Arbeitsproduktivität. Dies liegt vor allem an der geringen Förderung der Landwirtschaft mit nur 3% des Budgets und damit an der fehlenden Verbesserung der Wirtschaftsweise

Bauern vernachlässigt

und der Absatzmärkte des familiären Sektors. Resultat sind Nahrungunsicherheit und Mangelernährung der Bevölkerung. 80% der Bevölkerung fehlen die Mittel für eine adäquate Ernährung. 25% der Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt.

Im Jahr 2016 trafen eine Reihe von Vorkommnissen zusammen:

- Der Verfall der Rohstoffpreise bedingte geringere Exporteinnahmen und eine Erhöhung des Zahlungs- und Handelsbilanzdefizits.

- Der Schuldenskandal: *EMATUM*-Kredit: 850 Mio US-\$ für Küstenschutzboote und Thunfischflotte – die Boote verrotten mittlerweile im Hafen von Maputo; *ProIndicus*- und *MAM*-Kredite (700 bzw. 535 Mio US-\$) für Schiffswerft und Ausrüstung des Geheimdienstes. Die beiden letzteren Kredite waren illegal, sie wurden am Parlament vorbei und ohne Information an den IWF aufgenommen, sie sind aber öffentliche Kredite mit Rückzahlungsgarantie des Staates.

- Anstieg der Staatsverschuldung

auf 120% des BIP.

- Suspendierung der IWF-Kredite und der direkten Budgethilfe der bilateralen Geber.
 - Das Wachstum schrumpfte von 6,6% (2015) auf 3,4%, Prognose von 4,5% für 2017.
 - Abwertung der Landeswährung um 100% im Jahresverlauf.
 - Die Inflationsrate stieg auf 19,2%, bei Lebensmittel 40%, was besonders die arme Bevölkerung trifft.
- Verschärft wird die Krise durch den politisch-militärischen Konflikt und steigende Militärausgaben. Außerdem wird das Land durch eine Dürre als Folge des El Niño heimgesucht. Die Nahrungsmittelproduktion sinkt, 700.000 Menschen benötigen Lebensmittelhilfe.

Seitens der Regierung gab es punktuelle Maßnahmen:

- Restrukturierung des Budgets: Einsparungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, bei Straßen- und Wasserprojekten, Lohnstopp und Zulagenkürzungen im öffentlichen Dienst
- Reduzierung der Importe
- Suspendierung von Infrastrukturprojekten
- Reduktion des Mindestlohns 2017 um 60%
- Unabhängiges Audit von EMATUM, MAM und Proindicus.

Für die Regierung besteht die Bewältigung der Schuldenkrise neben der Einsparung bei öffentlichen Ausgaben nach wie vor in der extraktiven Wirtschaft, vor allem aus den Einnahmen aus den Erdgasprojekten. Bis 2023 werden diese Einnahmen den Schuldendienst bedienen.

Ein weiteres Problem stellen die Entwaldung und der Handel mit tropischen Hölzern dar. Die Verursacher des jährlichen Verlustes von 0,58%

der Waldfläche (220.000 ha) sind Brandrodung, Holzkohleproduzenten, unkontrollierte Buschfeuer, Feuerholz und Holzexporteure. Ab 2010 ist ein enormer Anstieg des Exports von Rundholz zu verzeichnen. Holzexporte gehen hauptsächlich nach China, gefolgt von Europa.

Die Folge ist ein hausgemachter



Holzexporte hauptsächlich nach China

Beitrag zum Klimawandel: Veränderung der Temperatur- und Niederschlagsverteilung, Dürren oder Überschwemmungen.

Schritte in die richtige Richtung sind die Gesetze von 2016 mit neuer Besteuerung des Exports von nicht-behandeltem Rundholz und die Schaffung einer Behörde zur Kontrolle der Holzexporte.

Von 2004 bis 2009 wurden 2 Mio. ha Land an ausländische Investoren vergeben, die Plantagen-Monokulturen errichten. Alleine 2016 gingen 500.000 ha Land an ausländische Investoren, davon sind 21.000 ha in Nutzung. 100.000 ha für Biobrennstoffe wurden „aufgegeben“.

Großprojekte ausländischer Investoren aus Brasilien und Japan in Nam-pula sind noch immer in der Pipeline:

- Ein Bewässerungsprojekt von 200.000 ha am Rio Lurio würde 100.000 Kleinbauern vertreiben,
- PROSAVANA: 700.000 ha für

Sojaanbau würde Millionen Kleinbauern betreffen,

Intransparenz über Details dieser Projekte und den Stand der Verhandlungen sowie die Spaltung der Zivilgesellschaft in Befürworter und Gegner tragen zur Verunsicherung der Bevölkerung bei.

Die Regierung hat keine klare Position. Die Unterstützung der Rechte der Kleinbauern ist wenig wahrscheinlich. Die Folgen des Landraubs: Entzug der Lebensgrundlage und erhöhte Ernährungsunsicherheit.

Der Kohle-Tagebau und das Kohlekraftwerk in Tete verursachen den Verlust von Vegetation, Luft- und Wasserverschmutzung und sauren Regen. Flußverschmutzung und Erosion sind die Folgen der Aktivitäten der Goldwäscher und des Tagebaus von Edel- und Halbedelsteinen in Manica, Cabo Delgado und Tete.

Welche Szenarien gibt es nun in Moçambique?

Szenarium 1: Politische Stabilität. Um diese zu garantieren, sind als kurzfristige Maßnahmen ein Dialog zwischen Regierung und RENAMO, der in einen Friedensschluß mündet, und die Erfüllung der noch ausstehenden Punkte des Friedensabkommens von 1992, d. h. vor allem die Eingliederung der RENAMO-Kämpfer in entsprechende Positionen in Polizei und Heer, vorrangig.

Mittelfristig sollte eine Reform der Verfassung umgesetzt werden, die die Gewaltenteilung garantiert und den Dezentralisierungsprozeß voranbringt. Mehr Kompetenzen sollten von der Zentralregierung an Provinzregierungen und Provinzver-

Entwaldung – ökologische Krise

sammlungen abgegeben werden, was auch die Dezentralisierung der staatlichen Finanzen einschließt. Eine Direktwahl der Provinzgouverneure wäre aus demokratiepolitischer Sicht wünschenswert. Generell ist eine neue Wahlgesetzgebung mit verstärkter Kontrolle des Registrierungs- und Auszählungsprozesses notwendig.

Voraussetzungen für die Umsetzung dieser Reformen sind die Überwindung der Vertrauenskrise zwischen



Präsident Filipe Nyusi – für welches Szenario steht er?

beiden Lagern, Zugeständnisse der FRELIMO und der Wandel der RENAMO in eine moderne politische Partei. Aufgrund der Dialogbereitschaft beider Parteiführer ist es realistisch, an die Möglichkeit einer Reform zu glauben, trotz der Flügelkämpfe in der FRELIMO und des demokratiepolitischen Nachholbedarfs der RENAMO.

Der breitere Zugang zu Ressourcen und Ämtern, der nicht auf die Mitgliedschaft bei einer einzigen Partei beschränkt bleiben darf, würde Chancen für eine größere Bevölkerungsgruppe schaffen. Provinzen hätten eigene Entwicklungsprogramme und Förderungsmechanismen, was zur Verringerung der regionalen Disparitäten beitragen würde.

Insgesamt bedeutet die politische Stabilität mit den sie begleitenden Reformen ein Mehr an Partizipation,

sozialer Inklusion und sozialer Gerechtigkeit. Ohne politische Stabilität und soziale Umverteilung ist die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet.

Ein zweites Szenarium ist die Bewältigung der Schuldenkrise bzw. Befriedigung der Kreditgeber.

Eine Maßnahme ist die Restrukturierung der Schulden durch Verhandlungen über die Rückzahlungen mit den Kreditgebern. Aufgrund des Audit-Berichts von *Kroll*, der Unregelmäßigkeiten bei allen am „Geschäft“ Beteiligten zeigte – Kreditgebern, den Lieferanten, der Regierung, den drei Firmen –, wird stark die Forderung laut, die Kreditrückzahlung überhaupt abzulehnen. Beides sind kurzfristige Maßnahmen, die die Wirtschaftskrise nicht an ihren Wurzeln anpacken.

Für notwendige neue Kredite verlangen die multi- und bilateralen Geber wie bisher neoliberale einnahmens- und ausgabenseitige Maßnahmen:

- Verstärkte Steuereintreibung
- Außenwirtschaft stärken, Exporteinnahmen erhöhen
- Kontrolle der Ausgaben für Gehälter (Staatsapparat)
- Einsparungen im Sozialbereich
- Einsparungen bei öffentlichen Investitionen
- Privatisierungen

Die Restrukturierung der Schulden verteuert die Kredite. Restrukturierung ist nur positiv, wenn sie Mittel für Wirtschaftsreform freisetzt und nicht alles beim Alten bleibt.

Die sozialen Auswirkungen der beschränkten Verfügbarkeit von Mitteln für Wirtschafts- und Sozialprogramme, der Lohnstopps und Lohnkürzungen sind die Zunahme der Armut und der Anstieg der Arbeitslosigkeit. Privati-

sierungen hingegen kanalisieren mehr Kapital in die Hände von wenigen inländischen Oligarchen. Dieses Szenarium setzt daher die Abhängigkeit von Krediten und Auslandsinvestitionen fort.

Fazit: Die nächste Krise kommt bestimmt und wird Moçambique wieder – unvorbereitet – treffen!

Szenarium 3: Stärkung der extraktiven und exportorientierten Wirtschaft. Ausländische Investoren in Bergbau und Industrie durch günstige Steuer- und Produktionsbedingungen würden bevorteilt und die langfristige Landvergabe an ausländische Investoren in der Landwirtschaft fortgesetzt.

Die Dominanz der extraktiven Wirtschaft birgt unübersehbare Nachteile, wie die Ungewißheit über zukünftige Einnahmen aus dem Bergbau, den unkontrollierbaren Abfluß von Gewinnen der Investoren ins Ausland und an die inländische Elite sowie die geringe Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt wird verstärkt. Die Entwicklung der heimischen Wirtschaft wird vernachlässigt.

Die Landvergabe an ausländische Investoren – meist ist es Land in den besten Lagen und gut erschlossen – entzieht der ländlichen Bevölkerung ihre Lebensgrundlage, erhöht die Ernährungsunsicherheit und hat aufgrund der Plantagenwirtschaft negative ökologische Auswirkungen. Dieses Szenarium ist also sozialökonomisch, ökologisch und politisch nicht nachhaltig.

Welche alternativen Optionen könnte es geben? Erstens einen Schuldennachlaß und die Sicherung neuer Kredite. Wie in Szenarium 2 ausgeführt wurde, bedeutet die Befriedigung der Kreditgeber eine strenge

Austeritätspolitik, da die Möglichkeiten der Erhöhung der Staatseinnahmen limitiert ist. Von Privatisierungen öffentlicher Betriebe würde die nationale Elite profitieren. Momentan ist Moçambique nicht in der Lage, Fälligkeiten zu befriedigen. Eine Restrukturierung

der Kredite schiebt die Rückzahlungen nur hinaus. Ein Schuldennachlaß, ähnlich wie im Jahr 2000 unter der HIPC-Initiative, ist das

Alternative Szenarien realistisch?

Gebot der Stunde, um das Land zu entlasten. Er würde das Land aber nicht von der Aufnahme neuer Kredite befreien. Als Strategie für mehr Staatseinnahmen könnte so wie bisher die Förderung von Auslandsinvestitionen und neuer Megaprojekte angesehen werden. Die Förderung der extraktiven Wirtschaft als Wachstumsstrategie bliebe bestehen. Die Folgen wären:

- Nachhaltigkeit der Schulden bewirkt noch keine nachhaltige Entwicklung
- Neue Kredite = Fortsetzung der Abhängigkeiten
- Fortführung der bisherigen Muster von Produktion und Einkommensverteilung: „*Producing more in the same way does not help out of the crisis*“ (Castel-Branco, 2016)
- Keine wirtschaftliche Nachhaltigkeit
 - Zunahme der Armut, soziale und politische Konflikte
 - Die nächste Krise ist vorprogrammiert

Eine zweite Option wäre eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsreform. Diese würde eine umfassende Änderung der Wirtschaftsstruktur bedeuten, ein Umdenken im Produktionsprozeß, eine gerechte Verteilung der Wertschöpfung ebenso wie politische Reformen und Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung. Im Bereich der

Wirtschaft würde diese Reform umfassen:

- Diversifizierung und Erweiterung der wirtschaftlichen Aktivitäten und Arbeitsplätze
- Reform und neue Kontrollmechanismen der leistungsschwachen öffentlichen Betriebe
- Austerität für Infrastrukturprojekte, die nicht der Gesamtwirtschaft und -bevölkerung dienen
- Neue Landwirtschaftspolitik: Sicherheit des familiären Landbesitzes, Modernisierung, Produktions- und Produktivitätssteigerung, Nahrungssicherheit
 - Absorption des Überschusses im Inland
 - Reform der Reproduktion und Akkumulation von Kapital ist notwendig, um der nächsten Krise Stand zu halten.

Die Gesellschafts- und Sozialpolitik sollte auf soziale Umverteilung und die Vermeidung von exzessivem Konsum einiger weniger nationaler Oligarchen und internationaler Firmen ausgerichtet sein. Politische Reformen müßten die innere Stabilität gewährleisten. Eine Bildungsreform mit der Abkehr von rein akademischer Bildung und Förderung technischer/praktischer Ausbildung würde Fachkräfte für die diversen Produktionsprozesse schaffen.

Es bedarf auch des Umdenkens in der breiten Bevölkerung über Arbeitskultur, Wirtschaften, Bürgerrechte und -pflichten etwa durch politische Bildung. Das Resultat dieser Option wäre eine nachhaltige Entwicklung, die Ökologie, sozialen Ausgleich und wirtschaftliche Unabhängigkeit umfaßt.

Die gegenwärtige Krise bietet eine Chance für notwendige tiefgreifende Veränderungen. Denn es ist klar, daß „quick fixes“ nicht ausreichen, sondern zur nächsten Krise beitragen.

Es muß sich Grundlegendes an den Machtverhältnissen und am Entwicklungsmodell ändern. Es muß klare Positionen und Prioritäten geben wie z. B. den Vorrang des familiären Kleinbauernsektors vor den ausländischen Investoren in der Landwirtschaft.

Es wird notwendig sein, Staats(re)form und Demokratiemodell nach dem Prinzip breiter Partizipation an Entscheidungen und Verantwortung zu überdenken.

Good governance ist das Gebot der Stunde: Transparenz, Privilegienabbau, Korruptionsbekämpfung. Gerade der Audit-Bericht über die drei Kredite hat fehlende Transparenz, Interessenskonflikte und fehlende Managementkapazitäten geoffenbart. Fehlleistungen und Korruption dürfen nicht länger ungestraft bleiben. Die Unabhängigkeit der Justiz müßte garantiert werden.

Das Land braucht eigene Visionen und eigene Ideen der nachhaltigen Entwicklung. Es sollte Abhängigkeiten verringern und sich nicht der neoliberalen Politik unterwerfen.

Ein Bündel von Maßnahmen ist gefragt anstelle von Symptomkuren wie der Restrukturierung von Krediten, der Verweigerung der Kreditrückzahlung oder einem Schuldennachlaß. Es darf nicht alles beim Alten bleiben. Sozialpolitik und Wirtschaftsreform müssen angegangen werden.

Hemma Tengler war von 1996 bis 2016 Projektleiterin für verschiedene internationale Organisationen, darunter die ÖEZA, sowie Dozentin an der Katholischen Universität (UCM) in Beira. Seit 2016 beobachtet sie die Entwicklungen als Konsultantin. Ihr Beitrag in diesem INDABA ist die Zusammenfassung des am 22. Juni im Rahmen des SADOCC-Forums Südliches Afrika gehaltenen Vortrags.

...spektrum...

Zuma nach Mißtrauensvotum geschwächt. Mehr als 31 (von 249) Mandatare des regierenden *African National Congress* – die genaue Anzahl ist wegen der geheimen Abstimmung nicht feststellbar – stimmten bei dem von den Oppositionsparteien beantragten Mißtrauensvotum am 8. August nicht für den südafrikanischen Staatspräsidenten Jacob Zuma. Dies läßt eine Verbreiterung der Skepsis gegen ihren Vorsitzenden innerhalb der Mehrheitspartei erkennen, wie sie sich schon bei früheren Gelegenheiten abgezeichnet hatte (INDABA 94/17). Auch die Entscheidung von Parlamentspräsidentin Baleka Mbete, die Abstimmung erstmals geheim abhalten zu lassen, wurde von Beobachtern als Spitze gegen Zuma gewertet; der Verfassungsgerichtshof hatte zuvor entschieden, eine geheime Abstimmung sei verfassungsrechtlich möglich, die Entscheidung darüber obliege dem Parlament.

Präsident Zuma blieb mit 177 Stimmen für und 198 gegen den Antrag zwar im Amt, seine Position erscheint jedoch wesentlich geschwächt; neun Mandatare enthielten sich der Stimme, vierzehn waren zur Sitzung nicht erschienen. In einer von Seiten der Oppositionsparteien, der *Democratic Alliance* (89 Abgeordnete) und *Economic Freedom Fighters* (25), relativ niveauvoll geführten Debatte wurde v. a. das Phänomen der Oligarchisierung der südafrikanischen Wirtschaft und Politik („state capture“) thematisiert, für das Zuma wesentlich mitverantwortlich gemacht wird; maßgeblich dazu hatte der einschlägige Bericht des früheren Public Protector, Frau Thuli Madonsetla, beigetragen (INDABA 93/17). Zuma wird darin beschuldigt, wesentliche

Regierungsgeschäfte (wie die Besetzung des Finanzministeriums) mit der indischen Investorenfamilie Gupta abgesprochen bzw. von Verkäufen staatsnaher Unternehmen an diese profitiert zu haben; Zumas Sohn Duduzane steht zudem als Mitglied von Aufsichtsräten dem Gupta-Imperium ziemlich nahe, wie u. a. austausenden E-Mail-Korrespondenzen hervorgeht, die den Medien Anfang Juni aus gehackten Gupta-Computern zugespielt wurden (der verantwortliche Techniker und seine Familie leben seit damals unter neuem Namen im Ausland).



Zuma-Kritikerin Makhosi Khoza bei einer Podiumsdiskussion der Kathrada Foundation

Während Teile der Opposition nun ein Impeachment-Verfahren gegen Zuma einleiten wollen, hat sich die Führung des ANC offenbar zu einer Säuberung der Parlamentsfraktion entschlossen. Erstes prominentes Opfer wurde die eloquente Zuma-Kritikerin Makhosi Khoza, die als Vorsitzende des Ausschusses für die verstaatlichten Betriebe eine wichtige Rolle bei der Demontage des von den Guptas protegierten ESKOM-Generaldirektors Brian Molefe gespielt hatte. Infolge von Drohungen steht Khoza seither unter Polizeischutz. Weiters wurde Mitte August bekannt, daß ANC-Generalsekretär Gwede Man-

tashe den früheren Tourismus-Minister Derek Hanekom (INDABA 83/14) brieflich aufforderte, Gründe für seinen Weiterverbleib als Vorsitzender des Disziplinarkomitees des ANC zu nennen, da er diese Funktion angesichts seiner auch öffentlich geäußerten Kritik am Parteivorsitzenden nicht mehr unparteiisch wahrnehmen könnte. In einer Aussage auf Twitter hatte Hanekom geschrieben: „*Vergeßt die Behauptung, wir würden mit der Opposition stimmen. Wir stimmen gegen state capture, massive Ausplünderung und Korruption. Stimme für Wandel.*“ Hanekom könnte von seiner Funktion allerdings nur durch den Parteivorstand, das *National Executive Committee*, abgesetzt werden.

Während Zuma offenbar eine weitere Regierungsbildung plant, um seiner präferierten Nachfolgerin Nkosazana Dlamini-Zuma mit einem Ministeramt eine öffentlichkeitswirksame Plattform zu bieten, nehmen die parteiinternen Konflikte im Vorfeld des für Dezember geplanten ANC-Parteitags weiter zu. In KwaZulu, aber auch anderswo, werden Wahlen der Delegierten gerichtlich angefochten. ANC-Generalsekretär Gwede Mantashe sprach Anfang September davon, die Partei „*reiße sich mit schmutzigen Tricks auseinander.*“ Immerhin geht es um den/die zukünftigen Parteivorsitzenden und Präsidentschaftskandidaten bzw. -kandidatin und, daran geknüpft, um den weiteren Einfluß des Gupta-Imperiums und seiner Günstlinge.

Neuer Skandal um Grace Mugabe – mit Folgen? Die bizarre Lebensgeschichte der zweiten Ehefrau von Zimbabwes Langzeit-Präsident Robert Mugabe, die von einer starken Fraktion in ZANU PF als Nachfolgekandidatin favorisiert wird, ist um einen Skandal reicher. Damit verbunden sind eine

weitere Belastung der Beziehungen zwischen Südafrika und Zimbabwe sowie innenpolitische Probleme für die südafrikanische Außenministerin Maite Nkoana-Mashabane.

Der Vorfall ereignete sich am Sonntag, dem 13. August 2017, im Luxushotel *Capital 20 West* im Johannesburger Nobelbezirk Sandton. Mugabes Söhne, Robert jnr. und Bellarmine Chatunga, waren dort einquartiert, seitdem sie wegen gewalttätigen Benehmens aus einer privaten Wohnung in Sandton hinausgeflogen waren (und zuvor schon aus Dubai, wo sie die Eltern wegen schlechter innenpolitischer Optik zunächst untergebracht hatten). Bei einem offenbar überraschenden Inspektionsbesuch traf Grace Mugabe (begleitet von zehn Leibwächtern) ihre Söhne dort in Gegenwart von vier angeblichen Modells an; sie selber beschuldigte diese des Drogenhandels und gibt an, mit einem Messer attackiert worden zu sein. Wie aus der Anzeige der betroffenen Gabriella Engels (20) hervorgeht, wurde sie nebst anderen von Mugabe mit einem Elektrokabel schwer mißhandelt und erlitt zum Teil tiefe Wunden, u. a. an der Stirn. Nur mit Mühe konnte sie das Hotelappartement verlassen und den Sicherheitsdienst alarmieren.

Aufgrund der Anzeige von Engels wurde Klage gegen Frau Mugabe wegen schwerer Körperverletzung erhoben. Obwohl sie ursprünglich ihr Erscheinen bei einem Gerichtstermin am Dienstag zugesagt hatte, erschienen bei demselben nur ihre Anwälte und machten „diplomatische Immunität“ geltend. Polizeiminister Fikile Mbalula verhängte eine Grenzsperrung, schreckte jedoch vor einer Verhaftung der prominenten Gewalttäterin zurück. Parallel dazu informierte Gabriella Engels die Medien darüber, daß ihr „von dritter Seite“ ein Scheck in beliebiger Höhe

als Schweigegeld angeboten worden wäre, sie denselben aber abgelehnt hätte. Sie wird rechtsfreundlich vom ehemaligen Staatsanwalt Gerrie Nel und dem rechtsgerichteten *AfriForum* vertreten, das Zimbabwe wegen der sog. Landreform bekämpft.

Nach einigen Tagen Schockstarre, die offensichtlich auch auf heftige Diskussionen innerhalb der südafrikanischen Regierung zurückging, gab Südafrikas Außenministerin Nkoana-Mashabane am 19. August der zimbabwe'schen Forderung nach und erklärte Grace Mugabe im Nachhinein zur diplomatisch immunen Person – was ihre straflose Ausreise aus Südafrika ermöglichte. Die Entscheidung ist politisch wie rechtlich umstritten, weil beide Mugabes ursprünglich medizinische und nicht staatspolitische Gründe für ihre Reise nach Johannesburg angegeben hatten und Grace auch nicht auf der Einladungsliste zur SADC-Gipfelkonferenz gestanden war. Der außenpolitische Ausschuß des südafrikanischen Parlaments lud die Ministerin deshalb einstimmig (!) zur Rechtfertigung vor. Daß Gewalt gegen eine Frau somit vorläufig straflos blieb,



Grace Mugabe als Wahlrednerin

machte ausgerechnet im südafrikanischen Frauenmonat August auch keine gute Optik.

Ein Gag am Rande: Offenbar ist

die 1965 in Benoni geborene Grace Mugabe nach wie vor südafrikanische Staatsbürgerin und kann daher in Südafrika für ihr Verhalten zwanzig Jahre lang gerichtlich belangt werden. Was private Reisen ins südliche Nachbarland (ohne Immunität) schwierig machen dürfte.

Die an sich angespannten bilateralen Beziehungen wurden durch die Affäre weiter belastet; so hielten in der zweiten Augushälfte beide Staaten Flugzeuge des jeweils anderen Staates auf den Flughäfen Harare und Johannesburg fest. Ob und in welcher Weise sich der Skandal auch auf Grace Mugabes politische Karrierehoffnungen auswirken wird, war bei Redaktionsschluß noch nicht absehbar.

Präsidentenwahlen in Angola.

Erstmals seit Jahrzehnten übernahm am 21. September ein neuer Staatspräsident das Ruder im erdölexportierenden und von Korruption gebeutelten Angola (INDABA 94/17). Die Parlamentswahlen vom 23. August endeten mit einem Sieg der Regierungspartei MPLA, die nach Angaben der Nationalen Wahlkommission 61,1% der Stimmen erhielt und im künftigen Parlament mit 150 Sitzen vertreten sein wird. Im Vergleich zu den letzten Wahlen 2012 bedeutet dies einen Stimmenverlust von 10 Prozentpunkten bzw. von 25 Mandaten. Die MPLA konnte jedoch ihre Zweidrittelmehrheit halten.

Die oppositionelle – und frühere Rebellenbewegung – UNITA kam auf 26,7 Prozent und 50 Mandate, gewann also 18 dazu. Das Parteienbündnis CASA-CE erreichte 9,45 Prozent und 16 Sitze. Die Wahlbeteiligung lag bei etwas über 75 Prozent.

Nach der Verfassung von 2010 wird der Präsident nicht mehr direkt, sondern vom Parlament gewählt. Angesichts der mehr als komfortablen

Mehrheit der MPLA wird also der von ihr nominierte Spitzenkandidat João Lourenço das Land für die nächsten fünf Jahre regieren. Lourenço löst den Langzeitpräsidenten José Eduardo dos Santos ab und ist nach diesem und dessen Vorgänger Agostinho Neto erst das dritte Staatsoberhaupt in der Geschichte des unabhängigen Angola.



Präsident dos Santos mit dem ehem.
US-Außenminister John Kerry

Während die Beobachtermission der *Southern African Development Community (SADC)* unter Führung des Außenministers von Tanzania den Wahlgang für frei und fair erklärte, warf die zweitplazierte UNITA der Wahlkommission fehlende Transparenz und Unregelmäßigkeiten vor. Die Europäische Union hatte nur ein symbolisches Beobachtertteam geschickt, nachdem Luanda ihr keinen ungehinderten Zugang zu den Wahllokalen gewähren wollte. Beobachter der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien in Portugal sprachen hingegen von einem gut organisierten und transparenten Wahlgang.

Beobachter gehen davon aus, daß dos Santos, der den Parteivorsitz behält, auch weiterhin eine zentrale Rolle in Angola spielen wird.

Oppositionsführer in Zambia freigelassen. Nach Gesprächen von Commonwealth-Generalsekretärin Patricia Scotland mit Staatspräsident Edgar Lungu (*Patriotic Front*) und dem

verhafteten Oppositionsführer Hakainde Hichilema (*United Party for National Development*) in Lusaka wurde Letzterer Mitte November, kurz vor Beginn des gegen ihn angestrebten Gerichtsverfahrens, freigelassen und die Anklage gegen ihn zurückgezogen. Auch die katholische Bischofskonferenz hatte bei den Verhandlungen eine Rolle gespielt.

Hichilema war am 11. April gemeinsam mit fünf Angestellten der UNPD verhaftet worden, weil er angeblich die Autokarawane des Präsidenten blockiert hatte; beide Politiker befanden sich auf dem Weg zu einer Großveranstaltung im Westen des Landes (INDABA 94/17). Aus dem an sich lächerlichen Vorfall eine „Hochverrats“klage zu konstruieren, wurde von Beobachtern eher als Ausdruck der politischen Schwäche Lungus gewertet, dessen knapper Wahlsieg im August letzten Jahres von Gewalt überschattet und – zumindest nach Ansicht der Opposition – von zweifelhafter Korrektheit war (INDABA 91/16). Als Versuch, seine Position zu stabilisieren, erschien auch die unerwartete Verhängung des Ausnahmezustands nach einem Brand auf dem größten Markt in Lusaka (und Zambia überhaupt), der von Lungu als ein Sabotageakt der Opposition betrachtet wurde. Das bereits durch die Verhaftung Hichilemas angespannte politische Klima wurde dadurch noch weiter verschärft. Wie Baroness Scotland mitteilte, soll es zwischen den beiden Kontrahenten nun zu einem politischen Dialog kommen, der durch das Commonwealth-Generalsekretariat moderiert werden wird. U. a. sollen dabei Beschwerden über die Durchführung der Wahlen von 2016 diskutiert werden, um für 2021 einen transparenten und von allen Seiten akzeptierten Urnengang sicherzustellen.

Armeekommandant in Lesotho ermordet. Das ohnehin labile innenpolitische Klima im Bergkönigreich Lesotho ist seit der Ermordung von Generalleutnant Khoantle Motsomotso am 5. September noch mehr belastet. Der Armeekommandant wurde gemeinsam mit zwei Leibwächtern in einer Kaserne in der Hauptstadt Maseru erschossen. Das Attentat wurde von der *Southern African Development Community (SADC)* umgehend als „unentschuldbarer barbarischer Akt“ verurteilt. Südafrikas Präsident Jacob Zuma sprach die Befürchtung aus, das Attentat könnte einen „weiteren gefährlichen Präzedenzfall“ für Lesotho darstellen, wo schon vor zwei Jahren ein Militärkommandant ermordet worden war.

Ob die Attentäter entkommen konnten oder von Soldaten in der Kaserne niedergeschossen wurden, war Gegenstand widersprüchlicher Berichte. Premierminister Thomas Thabane, der die Tat ebenfalls scharf verurteilte, sprach aber davon, die Regierung habe die Situation unter Kontrolle und kündigte eine Untersuchung über die Hintergründe an.

Lesothos Innenpolitik ist seit dem von der damaligen Apartheidregierung gesteuerten Militärputsch von 1986 von wiederholten Aufständen der Armee und mangelnder Stabilität gekennzeichnet. Thabane, Vorsitzender der *All Basotho Convention*, mußte 2014 aus Furcht vor einem Attentat das Land verlassen und konnte nur unter dem Schutz der SADC zurückkehren. Parlamentswahlen Anfang Juni 2017 brachten ihm zwar eine relative Mehrheit und das Amt des Ministerpräsidenten ein (INDABA 94/17), doch ist von gefestigten politischen Verhältnissen im kleinen Bergkönigreich Lesotho keine Rede.

Um Jahre zurückgefallen

Solidaritätsappell von Gewerkschafter Japhet Moyo

Die für 2018 geplanten Wahlen werden die Krise im Land nicht lösen, fürchtet der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes von Zimbabwe. Er setzt auf außerparlamentarischen Widerstand und auf eine Wiederbelebung der internationalen Solidarität. Walter Sauer hat mit Japhet Moyo am Rande der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf gesprochen.

Von Zimbabwe ist in unseren Medien nicht mehr viel zu lesen, außer vielleicht Kuriosa über Langzeitmachthaber Mugabe und daß die wirtschaftliche Situation schlecht ist. Wie schätzen Sie als Gewerkschafter die Lage ein, gibt es überhaupt eine sinnvolle Perspektive?

Ja, Widerstand von Seiten der Zivilgesellschaft! Wir als Gewerkschaften sind Teil der sozialen Be-



Japhet Moyo im Palais des Nation, Genf

wegungen, die schon vor fast zwei Jahrzehnten zusammengekommen sind und versucht haben, die Situation in Zimbabwe zu demokratisieren. ZCTU, der Gewerkschaftsbund von Zimbabwe, spielte bei der Gründung der Oppositionspartei, des Movement for Democratic Change, eine wesentli-

che Rolle. Bedenken Sie unsere Geschichte: ZCTU wurde 1980 gegründet, als sich fünf ältere Verbände zusammenschlossen, und zwar unter aktiver Beteiligung der Zimbabwe African National Union/ZANU, der führenden Regierungspartei. Über Jahre hinweg hatten wir zu ihr ein Naheverhältnis. Wir haben uns aber schließlich getrennt. Ein Grund dafür war der Einparteiensstaat, den ZANU anstrebte, ein anderer das Strukturanpassungsprogramm, dem wir als Gewerkschaften nicht zustimmen konnten, und wieder ein anderer, daß ZANU zwar in Worten den „wissenschaftlichen Sozialismus“ proklamierte, in der Praxis aber ganz anders handelte. Wir etablierten daher eine Oppositionspartei. Wir als Gewerkschaft sind unabhängig von ihr, ebenso die anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber es gibt in Zimbabwe immerhin eine oppositionelle Partei.

Allerdings liegt die eigentlich Herausforderung in unserem Wahlsystem begründet, das Spielfeld ist sehr ungleich und benachteiligt die Opposition. Mit Blick auf die Parlamentswahlen von 2018 haben manche die Opposition bereits abgeschrieben, die Resultate würden ohnehin schon feststehen, Mugabe würde sicher wiedergewählt infolge des Wahlsystems, das in un-

serem Land gilt. Es gab ja Versuche, das Wahlrecht zu ändern und dadurch Chancengleichheit für alle politischen Parteien herzustellen, aber das hat sich als sehr schwierig erwiesen. Die herrschende Partei hat sichergestellt, daß sich an dem gesetzlichen Rahmen nichts geändert hat und alle Reformen innerhalb desselben verblieben sind. So ist es zum Beispiel sehr schwierig für Oppositionsparteien, auf dem Land eine Kampagne zu führen und um Stimmen zu werben, weil die Führer der lokalen Dorfgemeinschaften schwer politisch instrumentalisiert sind und eine bestimmte politische Partei favorisieren. Auch die staatlichen Strukturen sind einseitig instrumentalisiert, ebenso die Armee, die Polizei und sogar die Zimbabwe Electoral Commission, die ja eigentlich die Institution sein sollte, die freie Wahlen garantiert. Es scheint also ziemlich sicher, daß die bevorstehenden Wahlen die Regierungspartei begünstigen.

Eine Zeit lang hat sich eine Koalition zwischen MDC und der Bewegung der früheren Vizepräsidentin Joyce Mujuru abgezeichnet, ist das vielleicht ein Ausweg?

Als eine politische Bewegung haben wir MDC um eine Erklärung dazu

gebeten, immerhin stehen wir noch immer in einer besonderen Beziehung zueinander. Wir haben versucht, Informationen über diesen sogenannten Mujuru-Faktor zu bekommen. Wieviele Mitglieder haben sie? Wer sind diese? Bringen sie der MDC einen Mehrwert? Die MDC hat über die Jahre hindurch Wahlen gewonnen, auch wenn es dann sicher ein Problem war, Regierungsverantwortung auszuüben, das war schon eine Herausforderung. Jedenfalls höre ich nun von Diskussionen über einen Mujuru-Faktor, und MDC sagt uns, daß es darum ginge, die Regierungsmacht zu verändern. Aber für uns geht es um die Glaubwürdigkeit des Mujuru-Lagers. Viele sind sich dessen bewußt, daß die Mujuru-Bewegung schon wieder gespalten ist. Mujuru ist nicht mehr mit denjenigen Personen zusammen, mit denen sie angetreten ist, wie z. B. Rugare Gumbo oder Didymus Mutasa, das waren die Gurus, die Mujuru den Weg aus ZANU PF heraus bereitet haben. Sie haben sich nun aber getrennt, und wir sind uns nicht sicher, wer jetzt eigentlich die Freunde von Mujuru oder das Mujuru-Camp sind, und welchen Mehrwert sie der MDC bringen können. Und wir sind auch über so manche öffentlichen Ankündigungen wenig begeistert, etwa über die Frage, wer diese Koalition letztlich anführen wird? Wird das Morgan Tsvangirai vom MDC sein – oder Mujuru? Da warten wir auf Erklärungen. Wir hatten gute Gespräche mit MDC, aber die sind noch nicht abgeschlossen. Da geht es noch um wichtige Fragen wie um die innere Struktur dieser Koalition. Es kommt dazu, daß ja auch MDC gespalten ist, das war das ganze vergangene Jahrzehnt hindurch eine Herausforderung. Der Grund dafür ist einfach – ZANU PF war meiner Ansicht nach sehr clever dabei, Konflikte in den kleineren Parteien zu eskalieren,

und das macht die politische Arbeit der Opposition natürlich nicht leichter.

Gibt es eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, zum Beispiel mit den Kirchen?

Ja, Kirchen sind ein wichtiger Teil der Zivilgesellschaft. Wenn Sie z. B. die Crisis in Zimbabwe Coalition hernehmen, dann sehen Sie, daß dort Gewerkschaften, NGOs und glaubensbasierte Organisationen zusammenarbeiten, auch die katholische und andere Kirchen. Als Gewerkschaftsbund haben wir schon seit Jahren gute Verbindungen mit der katholischen Kirche und mit ihrer Kommission für Gerechtigkeit und Frieden. Ich erinnere mich, daß ich auch von Kirchenzeitungen interviewt wurde. Die Kirchen artikulieren ihre Kritik an der Situation zu Hause sehr kräftig. Wir arbeiten eng mit ihnen zusammen und würden diese Verbindung gerne noch weiter ausbauen.

Im kommenden Jahr, 2018, stehen in Zimbabwe wieder Wahlen an. Sie haben schon angedeutet, daß sich vielleicht nicht viel ändern wird. Gibt es überhaupt eine Perspektive auf mehr politische Stabilität und wirtschaftliche Erholung?

Mugabe verschärft seinen Kurs täglich, und solange die Natur nicht ihren Tribut fordert und Mugabe dort bleibt, wo er ist, wird es keine Änderung in der Richtung geben, die Zimbabwe eingeschlagen hat. Das bedeutet, der wirtschaftliche Niedergang wird sich fortsetzen, das Land wird weiterhin als Paria-Staat betrachtet werden, alles wird so bleiben wie es ist.

Irgendwann wird Mugabe natürlich der Natur Tribut zollen müssen. Vorgesehen für diesen Fall wäre

eigentlich, daß der jetzige Vizepräsident, Emerson Mnangagwa, das Ruder übernimmt. Aber Mnangagwa wird von einer Clique in der Partei herausgefordert, welche die Ehefrau des Präsidenten unterstützt. Natürlich hat diese keine Geschichte aufzuweisen, und es ist schwer zu glauben, daß sie bei Wahlen gegen Mnangagwa kandidieren und gewinnen würde. Unsere Angst ist aber, daß es zu einem gewalttätigen Konflikt innerhalb der herrschenden Partei kommen könnte, wenn Mugabe dieses interne Problem nicht löst. Wir können andererseits von der Situation 1977 lernen, als Ndbaningi Sithole die ZANU verließ und mit Mugabe ein Nachfolger quasi aus dem Nichts präsentiert wurde, und zwar vom militärischen Flügel ZANLA. Alle anderen wurden gezwungen, Mugabe anzuerkennen. Wir sind uns da nicht sicher, aber vielleicht ist das System ja auch heute imstande, jemanden von außen zu präsentieren und alle anderen zu zwingen, diese Person zu unterstützen. Das ist alles nicht klar, im Augenblick stehen wir jedenfalls vor einer zutiefst zerstrittenen ZANU PF. Aber die Regierungspartei ist dafür bekannt, ihre Reihen zu schließen, wenn sie mit einer ernststen Herausforderung konfrontiert ist, und genau das könnte vor den Wahlen passieren. Dann würden sie versuchen, die Opposition zu zerschlagen.

Die Gewerkschaften in Zimbabwe hatten traditionell eine starke Basis unter den Arbeitern. Heute sind viele Fabriken geschlossen, die Arbeitslosigkeit ist extrem gestiegen usw. Wird die Basis einer Gewerkschaft dadurch nicht geschwächt?

Ja, historisch gesehen sind Gewerkschaften in der organisierten Arbeiterschaft verwurzelt, das sind

diejenigen Menschen, die in einem formellen Arbeitsverhältnis stehen. Wenn solche Arbeiter und Arbeiterinnen aber in eine Situation der Informalität wechseln, also in den informellen Sektor, dann betrifft das natürlich auch die Gewerkschaft. Als erstes haben wir diesbezüglich die Erfahrung gemacht, daß unsere Mitgliedsverbände bei Kollektivvertragsverhandlungen Probleme bekamen. Sie verloren Mitglieder und wurden dadurch schwächer. Wir haben über all die Jahre versucht, unseren Mitgliedern zu helfen, d. h. wir haben versucht, auch



Während des Interviews mit Walter Sauer

die informelle Wirtschaft zu organisieren. Als Gewerkschaft mußten wir also unsere Zielsetzungen verbreitern. Wir repräsentieren unsere Mitglieder jetzt nicht nur in Bezug auf ihr Arbeitsleben, sondern wir befassen uns auch mit Problemen, welche die Menschen außerhalb dieses Arbeitslebens betreffen. Da geht es zum Beispiel um kommunale Dienstleistungen, gibt es Wasser in den Siedlungen, gehen die Kinder in eine Schule, können die Menschen frei ihre Gemeinderäte wählen oder auch ihre Parlamentsabgeordneten? Haben sie das Recht, sich für eine politische Partei ihrer Wahl auszusprechen? Das sind sogenannte zivile Angelegenheiten und nicht unbedingt auf die Arbeitswelt bezogen. Aber als Gewerkschaften setzen wir uns auch für diese Themen ein, und wir machen die Erfahrung, daß

das von den Mitgliedern anerkannt wird. Wir sprechen also nicht nur von Arbeitsverträgen, sondern auch von dem, was für eine Person wichtig ist, wenn sie aus ihrem Büro oder ihrer Fabrik hinausgeworfen wird. Es gibt eine Organisation namens Zimbabwe Chamber of the Informal Economy (ZCIA), mit der wir ständig zusammenarbeiten. Generell gesehen muß man aber trotzdem sagen, daß wir im Lauf der Zeit schwächer geworden sind, weil die Mitarbeit von Menschen in der formalen Ökonomie halt verschieden ist von der in der informellen Wirtschaft. Wenn wir zum Beispiel Demonstrationen organisieren oder Streiks, dann können Menschen aus dem informellen Sektor nicht wirklich mitmachen, weil dann haben sie ja kein Einkommen. Daher nehmen weniger Leute an unseren Aktivitäten teil als früher. Also ja, wir wurden durch die Informalisierung stark betroffen.

Vor einigen Jahren erregte die sogenannte Operation Murambatsvina großes Aufsehen, als die Polizei gewaltsam gegen informelle Siedlungen und informelle Straßenhändler einschritt. Wie ist die Situation diesbezüglich heute?

Ich glaube, wir waren die erste Organisation, die einen Bericht über Murambatsvina veröffentlicht hat. Murambatsvina betraf ja unsere Mitglieder in der informellen Wirtschaft sehr stark.

Sie müssen verstehen, daß Murambatsvina nicht nur ein einmaliges Ereignis war. Bis zum heutigen Tag werden Häuser unserer Mitglieder zerstört. Das geht so vor sich: Es kommen angebliche Parteileute von ZANU PF, zahlen der lokalen Gemeindeverwaltung Geld und vergeben dann Grundstücke an Leute, die aus Unwissenheit ihre Hütten dort errich-

ten. Wenig später kommt dann der Staat und zerstört diese wieder, weil die Leute keinen Besitztitel haben. Daher ist Murambatsvina eine ständige Erscheinung, die Behausungen von Menschen werden zerstört, die Leute verlieren Habseligkeiten, das alles hat nicht aufgehört. Und das tut die Kommunalverwaltung von Harare genauso wie die in anderen Städten.

Wie wichtig ist für Sie in dieser Situation internationale Unterstützung, internationale Solidarität?

Ganz wichtig! Wir waren ziemlich verwundert, als nach der Formierung des sogenannten Inclusive Government nach den Wahlen von 2008, als MDC in eine Koalitionsregierung mit ZANU PF kam, die Botschaft ausgegeben wurde, in Zimbabwe wäre jetzt alles normalisiert. Ich möchte daher an die internationale Gemeinschaft appellieren, sich wieder verstärkt auf Zimbabwe zu fokussieren. Wir fallen jetzt in den Zustand von vor 2008 zurück. Die Menschen in Zimbabwe gehen durch eine qualvolle Zeit, wir stecken in denselben Schwierigkeiten als vor der Zeit des Inclusive Government. Wir wissen daß viele Regierungen und Personen damals andere Prioritäten gesetzt haben in der irrigen Annahme, die Situation hätte sich normalisiert. Sie hat sich aber nicht normalisiert, im Gegenteil, die Dinge zu Hause verschlimmern sich. Die Menschen draußen sollten sich also wieder verstärkt für Zimbabwe interessieren und sich soviel als möglich über Zimbabwe informieren!

Japhet Moyo ist gelernter Metallarbeiter und seit August 2011 Generalsekretär des Zimbabwe Congress of Trade Unions (ZCTU).

Entwicklung an der Basis

Anlässlich eines Vortrages im Rahmen eines Österreichbesuchs zum Thema „Zimbabwe – ein Erfolgsbericht der anderen Art“ sprach Peter Prinesdom mit Rev. Felix Mukaro. Er ist katholischer Priester und Entwicklungskoordinator der Diözese Chinhoyi in Zimbabwe.

Durch die krisengeschüttelte politische Situation im Land fehle es besonders außerhalb der Städte oft an Grundlegendem: Infrastruktur (besonders Straßen und Wasser), medizinische Versorgung, Ausbildung.

Nun gäbe es zwar die Möglichkeit, sagt Pater Mukaro, auch von lokalen Politikern durchaus lukrative Spenden für Bauprojekte zu bekommen. Hiervon habe man aber schnell wieder Abstand genommen, da jede Spende mit der Auflage verknüpft gewesen wäre, die Politik wohlwollend zu unterstützen und zu bewerben und damit die Unabhängigkeit zu verlieren. Andere Kirchen sähen darin kein Problem, weshalb es bei der anglikanischen Kirche auch schon zu wütenden Protesten der Bevölkerung gegen den Bischof gekommen sei. Mitunter treibe der mangelnde politische Wille zur Unterstützung der Landbevölkerung auch recht seltsame Blüten: So gebe es evangelikale Gemeinschaften, die den Menschen versprechen, von Gott ein neues Auto geschenkt zu bekommen, wenn sie ihren gesamten Besitz verkauften, ihr gesamtes Geld spendeten und genug beteten.

Wo nun vor allem in ländlichen Gebieten der politische Wille fehle, springe beispielsweise die katholische Kirche ein, wobei meist der erste Anstoß eine ganze Reihe von Maßnahmen in Bewegung setze, die alle eng miteinander verflochten

sind: So gebe es wenige Priester, die dementsprechend große Gebiete betreuen, von staatlicher Seite würden die ländlichen Gebiete hinsichtlich der Verkehrswege aber stark vernachlässigt. Wenn der Weg nun zu unwirtlich sei, um mit dem Auto zurückgelegt werden zu können, werde kirchlicherseits eine Straße gebaut.

Nun könnte und würde der Staat Lehrer schicken, es gebe jedoch kein Schulgebäude. Darum werde ein Schulgebäude errichtet, die Kirche bleibe Träger desselbigen, und die Kinder und Jugendlichen erhielten eine Ausbildung. Ausbildung alleine sei jedoch zu wenig, darum gebe es als Starthilfe einen Geldbetrag, mit dem Werkzeuge und Materialien gekauft werden könnten.

Eine besondere Komponente der Gesellschaft spiele hier zusätzlich der immer noch übliche Brautpreis, erzählt Pater Mukaro: Der Familie der Braut werde eine Art Entschädigung für den Arbeitskraftverlust gezahlt, der sich auch nach ihrer Bildung richtet. Somit sei es für den zukünftigen Bräutigam noch wichtiger, eine gute Ausbildung zu bekommen, um sich eine Heirat überhaupt leisten zu können. Gleichzeitig sei es der Kirche aber ebenso wichtig, daß die Mädchen (Heiraten mit 13 bis 15 Jahren ist nach wie vor sehr stark verbreitet) nach der Hochzeit „nicht nur daheim bleiben und informell im Nähen ausgebildet werden“, sondern ebenso Bildung erlangen.

Ebenso pragmatisch würden Spitäler errichtet oder Brunnen gegraben. Bauen schaffe Arbeitsplätze und vor allem erste Arbeitsmöglichkeiten für die Jugendlichen, die ihre Ausbildung absolviert haben.

Ganz so einfach, wie es hier nun geschildert wurde, ist es allerdings nicht: Die Finanzierung erfolge bei der katholischen Kirche zu 95% über Spenden aus dem Ausland vor allem durch „Kirche in Not“; das Geld werde über die Diözesen an die Gemeinden weiter



verteilt, die gerade den größten Bedarf haben. Ein kurzes Rechenbeispiel zur Veranschaulichung: Ein Klassenzimmer zu errichten, benötigt 350 Säcke Zement, ein großer Sack Zement kostet etwa 10 Euro. Dies sind nur die Materialkosten, die Arbeitskräfte sind hier noch nicht enthalten. Allerdings wird

→ Fortsetzung auf Seite 27

„aber die Wahrheit konnte nicht mit ihnen zusammen ausgewiesen werden“, so Bischof Zephania Kameeta beim Gedenkgottesdienst anlässlich „500 Jahre Reformation“, der im großen Stadion von Katutura stattfand. Katutura bedeutet „Ort, wo niemand sein will“ und ist die Bezeichnung der großen Siedlung nordwestlich von Windhoek-Zentrum, wohin nach der Einführung des Apartheidsystems in Namibia durch Südafrika ab 1959 zwangsweise die afrikanische Bevölkerung umgesiedelt wurde. Es gibt dort heute teilweise neue gemauerte Häuser, und man sieht auch Autos, die Siedlung ist aber weiterhin stark von Armut und Enge geprägt – ein weites Feld für Bischof Kameeta!

In den Ansprachen des bisherigen Präsidenten des LWB, Bischof Dr. Munib Younan von der *Kirche von Jordanien und dem Heiligen Land*, und des Generalsekretärs Dr. Martin Junge, eines Theologen aus Chile, klangen die aktuellen Konflikte und Wünsche an den Weltbund schon an. Auch die fünftägigen Vorkonferenzen der Frauen und der Jugend deponierten ihre Aufrufe.

Der beeindruckendste Vortrag war sicher das Grundsatzreferat des kongolesischen Chirurgen und Gynäkologen Dr. Denis Mukwege. Er hat im Ostkongo bei Bukavu ein Spital gegründet und leitet es. Vehement verurteilte er die systematische Vergewaltigung von Frauen als Kriegswaffe, um den Gegner zu erniedrigen. Im Krieg im Kongo, wo es immer um Gewinnung von Ressourcen geht – z. B. um Koltan, unentbehrlich für die Produktion von Handys – werden ganze Dörfer überfallen und Frauen, von Babies bis zu Greisinnen, vergewaltigt und darüber hinaus brutal auch innerlich verletzt, sogar mit Schußwaffen, um die Menschen zu vertreiben. 50.000

Frauen hat er operiert und ruft dazu auf, gegen diese unbeschreiblichen Grausamkeiten aufzustehen und wie Luther sich für die Würde von Frauen einzusetzen. Kinder, die aus den Vergewaltigungen hervorgehen, werden wieder vergewaltigt – diese Barbarei ist inakzeptabel, sie entstellt das Bild der Frau und verschwendet ein Potenzial der Entwicklung. Mukwege forderte, wir dürften vor dieser Barbarei nicht die Augen verschließen, wir müßten auch in Predigten gegen die Mißachtung von Frauen aufrufen. Wir hätten die Sklaverei abgeschafft, wir müßten auch die Gewalt gegen Frauen abschaffen. Wir schrien für die Abschaffung von Atomwaffen, aber täten nichts gegen die Zerstörung von Frauen. Die Täter müßten verfolgt werden und dürften nicht straffrei ausgehen. Der Arzt, der in seinem Spital auch juristische und psychologische Hilfe für Überlebende von Gewalterfahrungen anbietet, damit sie sofort jegliche Unterstützung bekommen, wurde selbst mit dem Tode bedroht, eine seiner Töchter wurde entführt. Befragt, woher er die Kraft nehme weiterzumachen, antwortet er mit dem Lutherlied *„Und wenn die Welt voll Teufel wär, und wollt uns gar verschlingen, so fürchten wir uns nicht so sehr, es muß uns doch gelingen.“* Eine junge Frau aus Nigeria berichtete, daß es ihnen verboten sei, über sexuelle Fragen zu reden (ein vom Patriarchat ausgehendes Verbot für dessen Schutz!). *„Das öffnet die Tür für Vergewaltigungen“* sagt Dr. Mukwege, *„ihr müßt darüber reden können! Wenn ihr nicht darüber sprecht, wird es weitergehen.“*

In drei Vorträgen wurden die Themen „Erlösung, Menschen und Schöpfung – für Geld nicht zu haben („not for sale“)" nahegebracht. Erlösung

kann uns nicht durch Marktmacht zuteil werden. Menschen dürfen nicht durch Menschenhandel, Prostitution und Kolonisierung degradiert werden. Die Schöpfung ist bereits gefährdet. Der Verlust der Biodiversität und der Klimawandel können, jedes für sich, die Erde in einen anderen Zustand versetzen. Jedes Jahr verbrauchen wir 1,6 Planeten. Trotzdem setzt die konservative Ökonomie weiterhin blindlings auf Wachstum. Wir müssen uns durch Abkehr von der Gier, durch Einfachheit im Lebensstil bei Wohnen, Verkehr, Nahrung, Bekleidung, Freizeit u.a. und auch politisch dagegen einsetzen.

So fanden sich in der schließlich verabschiedeten Botschaft an die Kirchen neben der Forderung, Gewalt gegen Frauen in jeder Form abzuschaffen – und auch Übergriffe in der Kirche zu verhindern – die Forderungen nach Gendergerechtigkeit bei der Teilhabe an kirchlichen Ämtern auf allen Stufen, Zugang zum Studium und darüber hinaus nach Abschaffung von Frauen diskriminierenden Gebräuchen wie Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung. Der Jugend geht es nicht nur um eine Reformation, sondern um eine Wiederbelebung der Kirche durch Menschen, die auch in der Gesellschaft aktiv und engagiert mitarbeiten; um die Gleichheit aller Menschen durch Chancen auch für Ausgegrenzte und durch Gendergerechtigkeit und um gute Bildung für alle, die kostenfrei zugänglich ist.

Inmitten der religiösen Pluralität wurde ferner gefordert, interreligiöse Kompetenz zu erwerben, d. h. die verschiedenen Kontexte und Identitäten und die heutigen Realitäten in die theologische Ausbildung zu integrieren, direkte diakonische Zusammenarbeit

→ Fortsetzung auf Seite 24

Atomwaffenverbot ist Realität

Am 7. Juli 2017 wurde in New York der mehrmals überarbeitete Entwurf einer völkerrechtlich verbindlichen Konvention für ein Verbot von Atomwaffen (AW) beschlossen. Diplomaten/innen und NGOs formulierten in zwei Sessions einen Text zur Ächtung und Abschaffung der letzten Massenvernichtungswaffe. Grundlage dafür war eine Initiative mehrerer Staaten, federführend dabei Südafrika und Österreich (INDABA 83/14 und 92/16). Manfred Sauer berichtet.

In einer Presseaussendung des südafrikanischen Außenministeriums vom 14. Juli 2017 wird die Konvention – mehr als 70 Jahre nach der ersten diesbezüglichen Resolution der UN-Generalversammlung 1946 – als



Protest gegen die Atommächte in New York

historische Errungenschaft bezeichnet. 122 Staaten haben diesem Vertrag zugestimmt, Singapur enthielt sich, die Niederlande, immerhin einziger NATO-Teilnehmerstaat, stimmten dagegen. Die AW-Kernstaaten (USA, Rußland, VR China, Frankreich und Großbritannien) haben nicht vor, dem Vertrag beizutreten. Andere Länder mit oder ohne Nuklearwaffen boykottierten die Konferenz unter dem politischen Einfluß der Kernstaaten (z.B. NATO- und einige EU-Mitglieder). Xanthe Hall, Abrüstungsexpertin der deutschen IPPNW-Sektion, zum Boykott einiger Staaten: *“Der Vertrag wird Wirkung entfalten. Er stigmatisiert den Besitz*

von Atomwaffen und erhöht den Druck zur Abrüstung.”

Trotzdem hebt die Konvention die Diskussion zur Atomwaffenabschaffung auf eine neue Ebene. Das Thema wird nun in bilateralen Länderkontakten und auf UN-Ebene auf der Agenda stehen. Gleichzeitig stellt das Verbot die sog. „nukleare Abschreckung“ und die Legitimität der Atomwaffenarsenale der Kernstaaten durch den AW-Nichtverbreitungsvertrag (NPT) in Frage.

Durch die Konvention sind Entwicklung, Fertigung, Stationierung, Aneignung, Lagerung, Einsatz und Transit von AW verboten, ebenso die Unterstützung anderer Länder dabei oder die Androhung eines Atomschlages. Ziel ist die komplette Vernichtung der Potentiale. Die Überwachung erfolgt im Rahmen von Sicherheitsabkommen durch die Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien. AW-Staaten treten nach Abrüstung oder nach Offenlegung ihrer Arsenale bzw. der Vorlage eines Planes zum Abbau und zur Entsorgung ihrer Waffen bei. Ein Zeitplan zur Abrüstung bleibt undefiniert und ist Verhandlungssache. Damit eröffnet der Vertrag mehrere Möglichkeiten zur Annäherung. Auf NGO-Antrag wurden auch Bestimmungen zur Opferhilfe und zur Umweltsanierung aufgenommen. Der Vertrag liegt ab

20. September 2017 bei der UNO in New York zur Unterschrift auf und tritt neunzig Tage nach Hinterlegung der 50. Ratifikationsurkunde in Kraft.

Für Südafrika, das sein AW-Arsenal bereits 1993 vernichtet hat, ist der Vertrag ein wichtiger Schritt zum Ziel. Dazu in der genannten Aussendung: *„Südafrika nimmt die Vorbehalte einiger Atomwaffenstaaten bezüglich der Effizienz einer solchen Konvention zwar zur Kenntnis, hält aber den derzeitigen Zustand und das anhaltende Stocken der Verhandlungen für untragbar. Die Gefahr eines atomaren Krieges bleibt eine ständige Bedrohung für das Überleben der Menschheit, und die fortgesetzte Tatenlosigkeit der internationalen Gemeinschaft ist unentschuldigbar. Wir werden weiterhin mit allen Staaten zusammenarbeiten, um eine nuklear-freie Welt zu schaffen.“* In Österreich engagieren sich das Rote Kreuz, IPPNW, ICAN - International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (www.icanaustria.at) und der Internationale Versöhnungsbund zusammen mit dem Außenministerium weiterhin für nukleare Abrüstung.

Manfred Sauer ist Mitglied der International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW-Austria)

EU-Agrarpolitik und Afrika

Von Adalbert Krims



Gerade im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise wird immer wieder Kritik an der Agrarpolitik der *Europäischen Union* geübt. Die Agrarsubventionen der EU erlaubten den Export nach Afrika zu Dumpingpreisen. Die dortige landwirtschaftliche Produktion könne damit nicht konkurrieren, was die Landflucht verstärkt und die Armut anwachsen läßt. Das wiederum sei eine der wichtigsten Fluchtursachen. Natürlich wurde diese Argumentation von der EU bisher zurückgewiesen, ist doch die gemeinsame Agrarpolitik, auf die mehr als ein Drittel des Gesamtbudgets der EU entfällt, ein zentrales Aktionsfeld der Union. Insofern war es bemerkenswert, als EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Rande des *Forums Alpbach* im August in einem Interview mit der *Tiroler Tageszeitung* feststellte: „Wahr ist, daß wir in Sachen europäischer Agrar-exportpolitik einiges überdenken müssen.“ Juncker meinte zwar, „daß es unmöglich sein wird, die EU-Agrarpolitik völlig umzustülpen“, aber er betonte die Notwendigkeit, „die Entwicklung der Landwirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent zu unterstützen“. Ein Mittel dafür soll ein Treuhandfonds sein, mit dem die Ansiedelung kleiner und mittlerer Betriebe gefördert werden soll, damit diese in Afrika investieren und Arbeitsplätze schaffen. Dieser Fonds, der mit 44 Milliarden Euro dotiert werden soll, wurde von den Mitgliedsstaaten zwar beschlossen, aber bei der Umsetzung hapert es. „Wenn die Mitgliedsstaaten, was sie versprochen hatten, auch 44 Milliarden aufbrächten, könnte man nicht nur reden, sondern etwas tun“, sagte Juncker und kritisierte die mangelnde Konsequenz beim Einzahlen in den Fonds: „Stattdessen wird von allen Regierungsdächern Europas herabgeschrien, daß wir uns um die Fluchtursachen in Afrika kümmern müßten.“ Juncker anerkennt also zum ersten Mal, daß es offenbar doch einen Zusammenhang zwischen der EU-Agrarpolitik und den Fluchtursachen in Afrika gibt und er wirft den EU-Staaten vor, daß sie von der Bekämpfung von Fluchtursachen nur reden, aber de facto nicht handeln.

Die UN-Welternährungsorganisation *FAO* hat erst kürzlich wieder festgestellt, daß viele Länder südlich der Sahara „potenzielle Kornkammern“ sind, die Flächen aber oft brach liegen. Gleichzeitig müssen Nahrungsmittel eingeführt werden.

Die Nahrungsmittelimporte der Subsahara-Staaten sind mehr als doppelt so hoch wie ihre Exporte. Insgesamt muß Afrika 80 Prozent seiner Lebensmittel importieren, wobei ein großer Teil aus der EU kommt, mit deren hoch subventionierten Agrarexporten afrikanische Produzenten nicht konkurrieren können. Problematisch ist auch, daß im Rahmen der neuen Partnerschaftsabkommen der EU afrikanische Staaten zwar Rohstoffe, die in Europa nicht vorkommen, zoll- und gebührenfrei in die EU exportieren können, für verarbeitete Produkte aber Importzölle eingehoben werden. Das führt z. B. dazu, daß Deutschland allein mit dem Export gerösteter Kaffeebohnen mehr als 1 1/2mal so viel einnimmt wie der gesamte afrikanische Kontinent mit der Ausfuhr von (Roh)Kaffee.

Das deutsche Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hat einen *Marshall-Plan für Afrika* ausgearbeitet – als deutschen Vorschlag für das neue EU-Afrika-Konzept, das 2020 in Kraft treten soll. Dazu sagte der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) in einem Interview mit der *Augsburger Allgemeinen* vom 5. Juli: „Der Kontinent muß an dem Gewinn und den Chancen der Globalisierung gerecht teilhaben. Das ist bisher nicht der Fall. Es ist unfair, wenn in Äthiopien die Frauen für einen Hungerlohn unsere Kleidung nähen oder in Westafrika Kaffee von Kindern für uns geerntet wird. Sie sind die Verlierer unseres Wohlstandes, das muß sich ändern. Denn wenn wir weitermachen wie bisher, haben die Menschen in vielen Teilen Afrikas gar keine andere Chance, als sich zu uns auf den Weg zu machen... Der Marshall-Plan ist ein Gesamtkonzept für die Neugestaltung der Zusammenarbeit zwischen Europa, Deutschland und Afrika. Dazu brauchen wir eine neue Handelspolitik und eine andere Umwelt- und Klimapolitik. Auch die europäische Agrarpolitik müssen wir ändern, damit Afrika zum Selbstversorger und zum Exporteur auf die europäischen Märkte wird.“ Die Frage ist allerdings, ob und welche Taten diesen großen Worten folgen werden.

Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für *INDABA* aktuelle entwicklungspolitische Trends.

Brandberg/Dâures

Touristische Herausforderungen für das Natur- und Kulturerbe Namibias

Der Brandberg oder Dâures (wie er in der lokalen Sprache Khoekhoegowab heißt) mit seinen künstlerischen Zeugnissen von mehr als 5.000 Jahren menschlicher Besiedlung ist ein nationales Kulturerbe Namibias ersten Ranges und angesichts seiner Felsbilder eine nicht-erneuerbare Ressource von weltweiter Bedeutung. André du Pisani (Windhoek) plädiert für einen sorgsameren Umgang damit seitens der Behörden und der Tourismuswirtschaft.

Wie anderen Entwicklungsländern, so fehlt es auch Namibia an Geld und Expertise, um dieses Kulturerbe bestens zu betreuen. Vielfach mangelt es aber auch am politischen Willen, das unschätzbare Natur- und Kulturerbe Namibias zu erhalten. Kein Wunder, daß ein lokaler Archäologe, John Kinahan, schon im Jahr 2000 feststellte, daß eine „wissenschaftliche Beurteilung des Berges lange überfällig ist“. Denn obwohl Namibia einschlägige Institutionen zur Pflege von kulturellem Erbe besitzt – den *National Heritage Council (NHC)* und das *National Museum (NAM)* – sowie einen relevanten gesetzlichen Rahmen, gestatten die fehlenden personellen Ressourcen und

drei Jahren aufgrund einer lebenszerstörenden Dürre –, Staub, natürliche Verwitterung, tierische und menschliche Ausscheidungen, lokale und soziale Konflikte wie zwischen Menschen und Wildtieren, Armut, fehlender politischer Wille bzw. mangelndes Bewußtsein von Entscheidungsträger/inne/n, Plünderungen, illegaler Handel und unzureichende Finanzierung.

Ein Land wie Namibia, geplagt von Armut, sozialer Ungleichheit sowie zahlreichen Konflikten um lokale Ressourcen, hat natürlich häufig dringendere politische und soziale Interessen als die Erhaltung von Kulturerbestätten, zum Beispiel Bildung, öffentliches Gesundheitswesen,



Panorama des Brandbergs

vorgegebene finanzielle Beschränkungen keine effektive Erhaltung aller Kulturerbestätten. Dazu kommt häufig das Fehlen einer Zusammenarbeit zwischen Ministerien, Forscher/inne/n, der Tourismuswirtschaft und lokalen privaten Akteur/inn/en in Bezug auf die Koordination und das Management von Sehenswürdigkeiten und Projekten, die Einfluß auf unser Natur- und Kulturerbe haben (INDABA 87/15). Weitere Herausforderungen in diesem Land sind u. a. Umweltbelastungen – besonders akut in den letzten

Arbeitsplatzschaffung und Armutsminderung. Allerdings verwaht dann das kulturelle Erbe. Eine Gesetzgebung von oben herab hat in vielen Fällen die lokalen Communities aus dem Management von Natur- und Kulturstätten herausgedrängt; oft führt das zu Vernachlässigung, Plünderungen und Vandalismus. Die wirtschaftliche Nutzung, die an die Stelle einer Erhaltung bzw. Konservierung tritt, ist eine weitere Herausforderung. Vor allem Fundstätten von Felsbildkunst sind besonders durch Tourist/inn/en, Berg-

steiger/inne/n, Wanderer und Farmer, aber auch durch traditionelle Heiler/inne/n besonders gefährdet. In Südafrika z. B. kratzten traditionelle Heiler/innen Felsgemälde vom Fels herunter, um deren Farbe für Heilung, Glückszauber, Regenmacherei und als Vorsorgemedizin gegen Blitzschlag zu sammeln. Auch in Namibia gibt es viele Beispiele solcher heruntergekratzter Felskunst. Akribische Konservierung steht hier im Widerspruch zur Weiterverwendung von Kulturerbestätten für rituelle Praktiken (z.B. in Australien, den USA, Lesotho und Südafrika eine gängige Erscheinung), was einen weiteren Problemkomplex aufwirft.

Üblicherweise sind unregelmäßiger Verkehr, Umwelteinflüsse, Naturkatastrophen, uninformierte Verwendung der Stätte, Verschmutzung, Plünderung und Vandalismus charakteristische Herausforderungen für Kulturerbestätten mit Felsbildern. Weitere Schlüsselfaktoren für ihren Niedergang sind begrenzte finanzielle Mittel sowie mangelnde lokale Unterstützung. Felsbildkunst ist vergänglich – es braucht einen aktiven Schutz, um dieses universelle Kulturerbe zu erhalten. Der historische Nachweis in vielen Teilen der Welt (wie u. a. in Südafrika, Australien oder Finnland) zeigt nun, daß solche Stätten überall dort, wo die Kulturpolitik die lokalen Communities entmachtet, letztendlich bedroht sind. Lokale Communities sollten nicht von ihrem Erbe und ihrer Vergangenheit abgeschnitten werden (wie es im damaligen Apartheid-Namibia und -Südafrika der Fall war).

Oft wird nachhaltiger Kulturtourismus als Lösung für die Erhaltung von Felsbildkunst-Stätten gesehen. Nachhaltigkeit meint jedoch unterschiedliche Dinge für unterschiedliche Leute und wird (auch im Fall Brandberg/Dâures) zur Förderung unterschiedlicher Interessen benutzt. „Nachhaltigkeit“ bedeutet für manche ökonomische Nachhaltigkeit, daß also eine Generierung von Wohlstand die starke Abnutzung eines Gutes rechtfertigt (wie teilweise beim Brandberg/Dâures). Für andere ist Nachhaltigkeit ein Konzept, das dazu verwendet wird, Erhaltung durch Verbot, Beschränkung oder sinnvolle Lenkung des Gebrauchs zu fördern. Idealerweise sollte „Nachhaltigkeit“ beides, Erhaltung und Nutzungswert, im Management von Kultur- und Kulturgütern berücksichtigen. In vielen Fällen jedoch muß ein verantwortungsvolles und ethisches Kulturerbe-Management Vorrang haben gegenüber einem Tourismus-Management – besonders dann, wenn das Kulturgut fragil ist und von universellem Wert.

Wenn sich Namibia in Richtung eines alternativen Kulturerbe-Managementmodells profilieren möchte, so müßten – unter einem umfassenden Managementplan – zusätzliche Maßnahmen für den Schutz sowie die ethische, verantwortungsvolle und informierte Nutzung der vielen archäologischen Stätten und insbesondere der Felsbildkunst in der Brandberg/Dâures-Region plaziert werden. Als ein erster Schritt wäre die Schaffung einer dezentralisierteren Arbeitsgruppe zur Erhaltung der Brandberg/Dâures-Felsbildkunst vorstellbar, die aus sachkundigen Archäolog/inn/en, Botaniker/inne/n, Felskunst-Spezialist/inn/en, Geolog/inn/en, lokalen Berg- und Tourismusführer/inne/n und einer Vertretung des *National Heritage Council/National Museum* besteht. Weiters sollten im Lauf der Zeit ehrenamtliche Führer/innen ausgebildet werden. Über das Mandat und die Vorgaben der Berichterstattung eines solchen Komitees sollte so bald wie möglich diskutiert werden.



Felsmalerei im Brandberg-Gebiet

Für Besucher/innen sollte es vor Ort Briefings über das optimale Verhalten während ihres Besuchs geben, sowie zusätzlich eine Aufsicht, die sicherstellt, daß die Besucher/innen der Kulturstätte nicht – absichtlich oder unabsichtlich – Schäden zufügen. Solche Ausbildungs- und Informationsmöglichkeiten sollten in den umliegenden Gebieten aufgebaut werden, auf Campingplätzen, in Lodges oder Schulen sowie in den nächstgelegenen Städten Khorixas, Uis, Okombahe, Omaruru, Hentiesbaai und Swakopmund. Eine mobile pädagogische Ausstellung in lokalen Sprachen könnte weiters dazu dienen, die Communities über das direkt vor ihrer Tür liegende Kulturerbe zu informieren. Ein Wohnmobil oder Wohnwagen, ausgerüstet mit Multimedia und gezogen von einem leichten LKW, wäre für solche Zwecke gut einsetzbar.

Der breiteren Öffentlichkeit in Namibia sollten die Bestimmungen der existierenden, wenn auch noch zu finalisie-

renden Gesetzgebung zum Schutz von Kulturgütern bewußt gemacht werden, ebenso das betreffende Strategiepapier des Ministeriums. Dazu sollte es eine kurze Broschüre für alle Besucher/innen geben.

Wir müssen eine elektronische Datenbank aller Felsbildkunstwerke am Brandberg erarbeiten und diese der Forschung zur Verfügung stellen. Um einen stärkeren Schutz von Felsbildern, Fauna und Flora sowie den Fundstätten selbst sicherzustellen, sollte man standortspezifische Besucherhöchstzahlen festlegen und laufend überprüfen. Zusätzlich zur Tourismus-Abgabe sollte es eine nicht-refundierbare, freiwillige „Kulturerbe-Abgabe“ („heritage levy“) geben, in unterschiedlicher Höhe je nach der Herkunft der Besucher/innen aus Namibia/Afrika bzw. Übersee. Die Einnahmen daraus sollten in die lokalen Konservierungsmaßnahmen fließen. Nur registrierten und adäquat ausgebildeten Reiseveranstalter/innen sollte es erlaubt sein, mehr als fünf Tourist/innen zum Brandberg zu bringen. Der Brandberg selbst sollte vor Bergbau und Edelsteinsammlern geschützt werden.

abgesehen von diesen Fragen muß ein Konsens darüber gefunden werden, welche Interessensgruppen am Management von Brandberg/Dâures teilhaben sollen. Dabei stellt sich die Frage: Wessen Verantwortung ist es, Kulturstätten zu bewahren? In den meisten Ländern geht der gesetzgeberische Trend dahin, daß das Kulturerbe nicht nur den jeweiligen Communities gehört, aus welchen sie stammen, sondern der gesamten Nation und in manchen Fällen sogar der ganzen Menschheit. Kulturerbe soll daher als Reflexion nicht nur der nationalen Einheit bzw. der Nationalstaatlichkeit fungieren, wie es momentan in Namibia der Fall ist, sondern als Symbol der Verbundenheit der Menschheit und der verschiedenen Kunstformen über Raum und Zeit. Die Errichtung von „kulturellen Landschaften“ und die Betonung spiritueller Elemente im kulturellen Erbe haben geholfen, traditionelle Zugangsweisen zu verbreitern, indem sie „Relativität, Diversität und Dynamik von Kulturerbe“ anerkennen.

Wir brauchen eine breite Diskussion über die Erhaltung unseres Kulturerbes. Dieser Prozeß sollte Forscher/innen einbeziehen, die über die notwendigen Qualifikationen und Erfahrung verfügen, Felsbild- und andere archäologische Forschung am Brandberg und seiner Umgebung zu betreiben. Weiters müßten die relevanten Regierungsinstitutionen, die lokalen Communities, zum Eintritt berechnete Tourist/innen und Reisebüros teilnehmen und alles in Form einer moralisch bindenden Charter ausgedrückt werden, die das

jeweilige Verhalten in allen Belangen regelt. Jede Person, die einen Felsbildkunst-Standort oder eine andere Stätte von archäologischer oder Kulturerbe-Bedeutung besucht, sollte eine solche Charter unterschreiben.

Darin wäre Folgendes zu regeln:

- Jede Person soll von den zuständigen Behörden das Recht erhalten, die betreffende Kulturerbestätte zu besuchen.
- Besucher/innen und Forscher/innen dürfen die Felsbilder in keiner Weise berühren, einschließlich ihrer Körperteile, irgendwelcher Schreibutensilien oder Flüssigkeiten.
- Fotografie ohne Blitz soll erlaubt sein.
- Das Abpausen oder Reiben der Felsbilder soll nicht erlaubt sein, da diese dadurch zerstört werden.
- Wanderer und Bergsteiger/innen sollten Wasser und Nahrungsmittel für Notfälle nicht in Felsspalten und unter Felsen hinterlassen, außer wenn es absolut notwendig ist.
- Vermüllung soll vermieden werden – Besucher/innen sollen ihre Abfälle selber entsorgen und alles mitnehmen, was sie mitgebracht haben.
- Besucher/innen dürfen nicht innerhalb der Fundstätten kampieren.
- Feuer zu machen, soll strengstens verboten sein.
- Die Konsumation von Alkohol soll stark beschränkt oder gänzlich verboten werden.
- Besucher/innen, die eine oder mehrere der Verhaltensregeln übertreten, sind auf eine schwarze Liste für ein mindestens fünfjähriges Besuchsverbot zu setzen, und ihr Name soll über lokale und überseeische Medien bekanntgemacht werden.

Es braucht mehr Stimmen des Gewissens zur globalen und spirituellen Bedeutung des Kulturerbes Brandberg/Dâures. Daraus wird hoffentlich eine Veränderung des Denkens, der Herzen und des Verhaltens folgen.

André du Pisani, geb. 1949, ist namibischer Politikwissenschaftler, Fotograf, Kunstsammler und Literat. Er war Professor an der University of Namibia, und bis Mai 2016 war er Vorsitzender der National Commission on Research, Science and Technology in Windhoek.

Der (von uns leicht gekürzte und bearbeitete) Beitrag erschien in JOURNAL 64 der Namibia Wissenschaftlichen Gesellschaft (2016). Übersetzung: Magdalena Waygand und Walter Sauer. Wir danken dem Autor und der NWG für die Erlaubnis zum Abdruck.

Township Flower Art im namibischen Township

Eine Retrospektive

Die Blumen, hergestellt aus Aluminiumdosen von einem sich selbst als Lucky Man bezeichnenden Künstler in Katutura, dem größten Township in Namibia mit dem Ortsnamen „The place where people do not want to live“, wecken Erinnerungen an eine Exkursion, die Veronika Wittmann, die Autorin dieses Beitrags, 2004 gemeinsam mit Fritz Hemedinger und 15 Studierenden der Johannes Kepler Universität Linz in das südwestafrikanische Land unternommen hat. Es war nicht die letzte Exkursion dieser Art – 2017 gab es eine weitere.

Die Township Flower Art ruft Erlebnisse an eine Studienreise zurück, in der alle Teilnehmer/innen auf respektvolle Art und Weise sowohl miteinander als auch mit den Menschen in Namibia umgegangen sind. Weltoffenheit und Respekt sind zwei untrennbar miteinander verbundene Reiseutensilien, die Studierende bei einer Exkursion nach Afrika mitnehmen müssen. Zeit vergeht in Afrika scheinbar langsamer: So verbrachten wir am ersten Tag drei Stunden beim Warten auf die Verköstigung, und niemand echauffierte sich darüber, daß an diesem Ort Dinge anders verliefen, als viele es gewohnt waren. Die Chauffeure waren oft mit den Destinationen nicht vertraut, und dennoch erreichten wir immer wohlbehalten unser Ziel. Welcome to Africa, another time.

900 Kilometer Fahrt in zwei Tagen, einige Stunden bei Dunkelheit, und trotzdem waren die Veränderungen der Landschaft bemerkbar. Abendessen in der Polizeistation der deutschen Kolonialzeit am Waterberg zum 100. Jahrestag des Widerstandes der Herero & Nama People (Vertreter/innen der ethnischen Gruppen der Herero und Nama haben im Januar 2017 in New York eine Sammelklage gegen Deutschland eingereicht, um Entschädigungszahlungen wegen der Anfang des 20. Jahrhunderts begangenen Kolonialverbrechen zu bekommen. Die deutsche Bundesregierung hat 2016 eingestanden, daß das, was im Zeitraum von 1904 bis 1908 in Namibia geschah, als Genozid eingestuft werden muß. Entschädigungszahlungen lehnt sie jedoch ab). Black Mambas und Pythons im Res-

sort. Unendliche Weiten während der Fahrt gen Norden. Meilenweit kein Mensch zu sehen, vereinzelt waren *Commercial Farms* sichtbar, die mehrheitlich auch Jahre nach der Unabhängigkeit noch im Eigentum von Weißen waren. Landverteilung – ein kontroversielles Thema, welches nach wie vor mit jedem Versuch einer Lösung mehr Fragen aufwirft, als Antworten zu finden sind. Landfragen werden



Mit dem damaligen österr. Botschafter Helmut Freudenschuß

auch in der Gegenwart heftig diskutiert, wobei es nunmehr oft um die Thematik von leistbaren Baugründen in urbanen Gebieten für die jüngere Generation geht.

Die Grenze, die *Red Line*, die bis heute das Land trennt, welches in der politischen Rhetorik *Unity & Diversity* proklamiert. Die Bevölkerungsmehrheit lebt auf infertilem Gebiet, dem ehemaligen Homeland. Kinder, selbstgebautes Spielzeug aus Draht in den Händen, betrachteten erstaunt

die 17 Weißen, die in den Norden führen. Beeindruckende Arbeit von Mitarbeiter/inne/n des *Legal Assistance Centre (LAC)* in Onguediva: Sich trotz aller Widerstände von traditionellen Autoritäten für die Einhaltung und Verbreitung der neuen Rechte einzusetzen ist keine einfache Aufgabe, aber essentiell für Menschen, um Demokratie leben zu können.



Im Township Mondesa in Swakopmund

Die Geschichte dieser Non-Governmental Organisation geht zurück bis ins Jahr 1988, als Namibia noch unter der südafrikanischen Apartheid-Herrschaft stand und der lange, bewaffnete Kampf für die Befreiung des Landes stattfand. Vor allem im Norden des Landes waren Folter, Einschüchterung, willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen ohne Prozeß sowie die Zerstörung von Eigentum, Lebensunterhalt und Leben tägliche Realität. Menschenrechtsverletzungen waren Routine und blieben ungestraft. Die Rechtsstaatlichkeit war nicht vorhanden. Diese unerträgliche Situation war der Impuls für die Einrichtung der Menschenrechtskanzlei, eines Rechtshilfezentrums. Im Laufe der Zeit baute das LAC sein Tätigkeitsfeld weiter aus, wobei gegenwärtig der Schwerpunkt der Arbeit auf die sozioökonomischen Rechte von Namibier/inne/n gelegt wird.

Nach dem Aufenthalt im ehemaligen Homeland reisten wir quer durchs Land an die Atlantikküste nach Swakopmund, in eine hanseatisch anmutende Kleinstadt mit vielen sozio-ökonomischen Facetten. Die Minderheit der Kommune wohnte im ehemaligen weißen Stadtgebiet direkt am Strand, die Mehrheit im Township Mondesa, und die ärmste Schicht lebte an der Peripherie ohne Elektrizität und Wasserversorgung.

Die Exkursion führte uns durch die Namib-Wüste wieder zurück nach Windhoek. Im gesamten reisten wir 2.200 Kilometer durch das rurale Namibia, erlebten dabei Temperaturunterschiede von 5 bis 32° Celsius, nahmen vielfältige Eindrücke von unterschiedlichen Landschaften mit, lernten Menschen verschiedener Backgrounds kennen und erfuhren von ihrem Leben und ihren Überlebensversuchen. In Erinnerung blieb die freundliche Aufnahme. Menschen teilten ihre Zeit mit uns, um über Fortschritte und auch

Widerstände ihrer Arbeit zu berichten. Eindrucksvoll waren die Mitarbeiter/innen des *Katutura Community Radio* – der Beweis, daß Demokratie mehr ist als nur wählen zu gehen. Viele Impressionen, die wir in Namibia in relativ kurzer Zeit intensiv erfahren durften, nahmen erst in der Rückblicks- und Aufarbeitungsphase Konturen an. Die Blüten der Township Flower Art des Lucky Man von Katutura blühen jedoch seither an der Johannes Kepler Universität Linz unverändert fort: Zum einen verweist der Ausdruck des Blühens der Blumen auf die simple Tatsache, daß diese Art von Flora keines Wassers bedarf, um zu gedeihen. Zum anderen steht das Blühen symbolisch für die Weiterbeschäftigung mit Themen der *Southern African Development Community*-Region von Mitarbeiter/inne/n und Studierenden der Johannes Kepler Universität Linz. So hat auch 2017 wieder eine Exkursion nach Namibia stattgefunden.

Veronika Wittmann ist assoz. Univ.-Prof. für Global Studies am Department of Modern and Contemporary History der Universität Linz.

→ Fortsetzung von Seite 17

zu fördern und offizielle Stellungnahmen zu veröffentlichen. Die gab es denn auch noch zu den Konflikten in Israel-Palästina, Syrien, Malaysia, Pakistan, Indonesien, Venezuela u. a. sowie zum Genozid durch die deutsche Kolonialmacht an den Hereros und Namas 1904. Darüber werden die beiden Parteien noch weiter sprechen, wofür der LWB auch seine Hilfe angeboten hat.

Zum neuen Präsidenten des LWB wurde Erzbischof Dr. Musa Panti Filibus von der *Nigerianischen Kirche Christi* gewählt, der sich sowohl gegen extremistische Gewalt (Boku Haram) als auch für Genderanliegen stark machen will.

Ich selber habe aus Namibia ein Projektanliegen mitgebracht, von dem mir Bischof Kameeta erzählte: zwei seiner Töchter, Tjeripo und Unotjari, betreiben bei großem Zuspruch eine Klinik, in der sie ehrenamtlich kostenfreie AIDS-Tests und andere Untersuchungen durchführen und vor allem individuelle Beratung und Information anbieten, die sich auch auf Selbstbewußtsein, Empowerment und unternehmerische Fähigkeiten erstreckt. Die Prävalenz von HIV/AIDS liegt in Namibia bei 14%. Über jede Spende auf das Konto IBAN: AT422040400000067686 lautend auf „Erklärung von Salzburg für solidarische Entwicklung“ freuen wir uns sehr.

... bücher ...

Stefan A. Müller / David Schriffel / Adamantios T. Skordos, **Heimliche Freunde. Die Beziehungen Österreichs zu den Diktaturen Südeuropas nach 1945: Spanien, Portugal, Griechenland** (Wien-Köln-Weimar, Böhlau, 2016). 331 S.

Österreichische Außenpolitik der Zweiten Republik gehört nicht gerade zu den beliebtesten Feldern der zeitgeschichtlichen Forschung, vor allem wenn es sich um Themen von außereuropäischer Relevanz handelt. Zwar geht die gewichtige Darstellung von Michael Gehler (Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, 2 Bde., Innsbruck-Wien-Bozen 2005) in einzelnen Kapiteln auf die Kreisky'sche Nahostpolitik oder die US-Intervention im Irak ein, bleibt im wesentlichen jedoch auf die Europäische Einigung hin fokussiert. Vor diesem Hintergrund ist es erfrischend, ein noch dazu gut recherchiertes und nicht unkritisches Buch wie das vorliegende in die Hand zu nehmen, das einen bisher völlig verdrängten Aspekt in den Vordergrund rückt – bezeichnend, daß keiner der drei südeuropäischen Diktatoren – Franco, Salazar, Papadopoulos – im Namensverzeichnis von Gehlers fast 1300 Seiten umfassendem Werk auch nur einmal erwähnt wird.

In INDABA 86/15 haben wir uns aus Anlaß des 40. Unabhängigkeitsjubiläums von Moçambique mit der bis zuletzt der Kolonialmacht Portugal verbundenen Außenpolitik Österreichs beschäftigt: *„Weder wurden die Befreiungsbewegungen proaktiv unterstützt – wie die meisten skandinavischen Staaten dies praktizierten –, noch wurde ein pragmatischer Kurswechsel vollzogen, als die Entwicklung unausweichlich geworden war. ... hier waren die alten diplomatischen Eliten – und im Hintergrund die Manager der Verstaatlichten – am Werk. Und deren Sympathie lag sicherlich nicht bei emanzipatorischen, aber wenig kaufkräftigen Staaten wie Tanzania, Zambia oder gar Moçambique, sondern eindeutig bei der rechtsextremen Regierung Rhodesiens und der völkerrechtswidrigen Besatzungsverwaltung Namibias. Und natürlich beim Paten dieses ‚weißen Blocks‘ – dem Apartheidregime in Südafrika.“*

Im gegenständlichen Buch bietet uns nun das Portugal-Kapitel von **David Schriffel** die Möglichkeit, die Unabhängigkeit der beiden portugiesischen Kolonien im Südlichen Afrika, also von Angola und Moçambique, noch von einem anderen Blickwinkel aus zu betrachten, nämlich

im Kontext der österreichisch-portugiesischen Beziehungen. Des Autors Schlußfolgerung daraus ist mit unserer ziemlich deckungsgleich: *„Freilich gab es auch wirtschaftliche und industrielle Lobbys, die, wie das Beispiel Steyr-Daimler-Puch-AG zeigt, sowohl im spanischen [und portugiesischen, Anm. d. A.] als auch im griechischen Fall Druck in Richtung einer Intensivierung der Beziehungen ausübten. Doch die treibende Kraft hinter der Etablierung und Pflege solcher Beziehungen ... waren eben jene ideologischen Naheverhältnisse, die als Überbleibsel autoritärer Regime in Österreich gewertet werden müssen.“* (S. 13). Im Klartext: In hohem Ausmaß war das Weltbild vieler hoher Beamter am Wiener Ballhausplatz noch in den 1960er und frühen 1970er Jahren von austro- bzw. nazifaschistischem Gedankengut geprägt.

Auf die einzelnen Materien und Eckpunkte dieser Kollaboration einzugehen, ist an dieser Stelle nicht möglich. Vielmehr soll auf eine der Schlüsselpersonlichkeiten dieses rechtskonservativ-kolonialistischen Netzwerks hingewiesen werden: Den ÖVP-Politiker und Außenminister (1966-68) Lujo Tončić-Sorinj. Dieser hatte sich bereits in den 50er Jahren in Paneuropa-Zeitschriften zugunsten der faschistischen Salazar-Diktatur in Portugal geäußert und diese als ein *„Zeugnis abendländischer Tatkraft, auf das alle Europäer stolz sein können“*, dargestellt (S. 214, ähnlich 219). Als Minister bestand er 1967 gegen den Rat seines späteren Nachfolgers Kurt Waldheim auf einer Weisung, im Rahmen der UN-Vollversammlung gegen eine Resolution zu stimmen, welche die Selbstbestimmung der portugiesischen Kolonien in Afrika forderte und mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde (S. 175f.). Ähnlich sein ambivalentes Verhältnis zur Unabhängigkeit Namibias, auf das ich selbst in einer früheren Veröffentlichung hingewiesen habe (Wien – Windhoek retour. 150 Jahre Beziehungen zwischen Österreich und Namibia, Wien 2008, 24 und 53). Tončić-Sorinj's gute persönliche Beziehungen zu hochrangigen Repräsentanten des Regimes in Lissabon führten in dieser Zeit zu einer Verstärkung der politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Österreich und Portugal, inklusive dem Verkauf von 700 Eisenbahnwagons der Firma Simmering-Graz-Pauker, für den sich der portugiesische Außenminister stark gemacht hatte und die zum Transport von Eisenerz in Angola und Moçambique eingesetzt wurden (S. 165).

Gemeinsam mit dem damaligen Bundeskanzler Josef Klaus zählte Tončić-Sorinj auch zu den führenden Persönlichkeiten des *Centro Europeo de Documentación e Información (CEDI)*, einem von Otto Habsburg 1952 gegründeten *„Treffpunkt rechtskonservativer Politiker, denen*

eine reaktionäre Neuordnung Europas vorschwebte“ (S. 42 und ff.). Dies lief v. a., wie das Spanien-Kapitel von **Stefan A. Müller** zeigt, auf eine Durchbrechung der internationalen Isolierung des Franco-Regimes in Spanien hinaus. CEDI-Mitglieder oder der Vereinigung zumindest nahestehend waren u. a. die Journalisten Hans Thür (Tiroler Tageszeitung), Alfons Dalma (Die Presse) und Gerd Bacher (ORF) oder die Verleger Willy Lorenz und Fritz Molden (der seine Verlagszentrale später an die Apartheid-Botschaft Südafrikas verkaufte). Nicht zuletzt in Abstimmung mit CEDI spielte Tončić-Sorinj als Generalsekretär des Europarats (1969-74) eine wichtige Rolle bei der Aufnahme Spaniens als Mitglied in diese renommierte Organisation (S. 36).

Als Rechtsaußen der österreichischen Außenpolitik, der es im Rahmen der religiös-fundamentalistischen Offensive der ÖVP unter Josef Klaus bis zum Minister brachte, kam Tončić-Sorinj eine zentrale, keineswegs aber ausschließliche Bedeutung zu. Manche hohe Diplomaten waren anderer Meinung (wie der erwähnte UN-Botschafter Waldheim oder später Peter Jankowitsch in derselben Funktion), zentrale Schaltstellen im Außenministerium waren aber von ähnlich gesonnenen Beamten besetzt. Daraus erklärt sich, „dass Österreichs Außenpolitik an Portugals Regime bis 1974 so gut wie nie – und wenn dann nur intern – Kritik übte.“ (S. 183). Dasselbe galt, wenn mir die Ergänzung erlaubt ist, auch für Portugals Kolonialpolitik.

Walter Sauer

Lukas Breitwieser, **Die Geschichte des Tourismus in Namibia**. *Basel Southern Africa Studies 10* (Basler Afrika Bibliographien, Basel und Brandes & Apsel, Frankfurt, 2016). 368 S.

Tourismus in Namibia ist ein beliebtes Thema, wobei nicht alle Veröffentlichungen das theoretische Niveau und die empirische Gründlichkeit der vorliegenden Studie erreichen (vgl. INDABA 90/16). **Lukas Breitwieser** untersucht hier interdisziplinär die Entwicklung des Tourismus in Namibia anhand von Aktenmaterial, Reiseführern und Werbebroschüren, wobei er sich anhand eines relationalen Raumbegriffs nach Foucault auf die homogenisierende Wirkung von Technik konzentriert, die touristische Räume infrastrukturell erschließt und Sicherheit vermittelt: „Kann der Tourismus als eine Art Metapher auf das vielschichtige Spannungsverhältnis von Kultur, Natur und Technik in einer modernen Gesellschaft gelesen werden?“ (S. 6).

Breitwieser zufolge begann die touristische Erschließung Namibias in den 1920er-Jahren, d. h. unter der südafrika-

nischen Mandatsverwaltung, als erstmals Verkehrs- und Unterbringungsmöglichkeiten für Touristen geschaffen sowie „Sehenswürdigkeiten“ konstruiert und beworben wurden. So hielt man sich z. B. bei der Erschließung der *Etosha-Pfanne* – sie ist bis heute eine der wichtigsten Sehenswürdigkeiten des Landes – ziemlich genau an das Vorbild des südafrikanischen Krüger-Parks (S. 87-90). Besonders hervorgehoben wurde schon damals der „deutsche“ Charakter der Kolonie, was in Hinweisen auf das architektonische Erbe (INDABA 87/15), die Sauberkeit der Städte oder in Bezügen auf „Menschentypen“ zum Ausdruck kam: „Hererofrauen in Tracht deuten das kolonialnostalgische Moment an, Karakulschafe verweisen auf die deutsche Besiedlung von Teilen des Landes und die ‚Landschaft im Norden‘, skizziert über die Steppe, einem [sic] Paar Palmen und einem [sic] Gebirgszug im Hintergrund vermittelten das Bild eines sehenswerten, exotischen und ‚menschenleeren Landes.“ (S. 84).

Breitwiesers Studie belegt eine erstaunliche Beständigkeit im Muster des namibischen Tourismus. Ein erfolgreich funktionierender Tourismus ist ja immer im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Abenteuer, Natur und Technik, Wildnis und Zivilisation, Moderne und Vergangenheit angesiedelt. Speziell in Namibia vermochten es Orte, die von Reiseanbietern als besonders wertvoll definiert wurden, historisch-nostalgische und romantisch aufgeladene Zuschreibungen mit kontrastierenden Vorstellungen von Abenteuer und Gefahr zu verbinden (z. B. S. 95). Geschaffen wurden Räume, die nicht nur geographisch, sondern auch zeitlich konstruiert wurden und bis heute funktionieren. Eine besondere „Spezialität“ stellen dabei die OvaHimba dar, „die nicht nur ein idealtypisches Bild von Unverdorbenheit und Unberührtheit zeichnen konnten, mit Merkwürdigkeiten wie Nacktheit und ungewöhnlichen Frisuren aufwarten konnten, sondern zudem auf der Seite der südafrikanischen Truppen im Unabhängigkeitskampf gegen die SWAPO kämpften, was von dem Gros der Siedlergesellschaft Namibias und Südafrikas und möglicherweise auch von vielen Touristen als die ‚richtige Seite‘ wahrgenommen wurde.“ (S. 267f.).

Ulrich van der Heyden, **Kwame Nkrumah – Diktator oder Panafrikanist? Die politische Bewertung des ghanaischen Politikers in der DDR im Spannungsfeld der deutsch-deutschen Konkurrenz in Westafrika** (Potsdam, WeltTrends, 2017). 86 S.

Mit diesem schmalen Bändchen greift der Kolonialhi-

storiker und Afrikaspezialist van der Heyden eine interessante Facette der DDR-Außenpolitik auf. Grundsätzlich stieß die staatliche Unabhängigkeit Ghanas von Großbritannien 1957 in der Deutschen Demokratischen Republik auf Zustimmung und Interesse. In dieser Haltung spiegelte sich nicht nur ein auf Lenin zurückgehender Antikolonialismus, sondern auch die Erwartung, in den blockfreien Staaten der Dritten Welt Verbündete für die „Systemauseinandersetzung“ mit dem Westen zu finden. Ganz so einfach war die Verwirklichung dieser Erwartung freilich nicht. Zwar bekannte sich der neue Staatschef, Kwame Nkrumah, verbal zu Blockfreiheit und Panafrikanismus, doch war Ghana weiterhin von Großbritannien wirtschaftlich abhängig, und die angebotene Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland war an die Nicht-Anerkennung der DDR gebunden. Daraus ergab sich eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West, die wiederum in der DDR auf wenig Verständnis stieß. Ulrich van der Heyden zeichnet dieses in jeder Hinsicht delikate Verhältnis nach und trägt damit zum Verständnis der realpolitischen Zwänge der unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten der 1960er Jahre bei. ■

→ Fortsetzung von Seite 15

oft auch unentgeltlich aus Gemeinschaftssinn gearbeitet.

Der langfristige Plan, so Pater Mukaro, sei eine Investition in die Zukunft, um nicht mehr von den Spenden abhängig zu sein, sondern durch die solide Basis der obigen Maßnahmen autark handeln zu können: Ziel sei es, daß die lokalen Dorfgemeinschaften sich selbst erhalten können.

Die Zimbabwer sagten von sich selbst, daß sie eines am meisten auszeichnet: hart arbeiten und nicht viel dabei reden. In Nachbarländern wie Zambia oder Südafrika werde dies nicht nur bestätigt, sondern mitunter auch mit etwas Neid gesehen. Jedenfalls gelte es nun, die momentan begonnene Aufbruchsstimmung beizubehalten und weiter daran zu arbeiten. Der Wille der Bevölkerung jedenfalls wäre schon da. ■

Felix Mukaro ist seit 2014 Development Coordinator des Bistums Chinhoyi in Zimbabwe, einer Diözese, die nach der Emeritierung des deutschen Jesuiten Dieter Scholz 2016 in einheimische Hände überführt wurde.

Roots Music from Southern Africa

Der November wird heiß! Um dem frostigen Wetter in Wien ein bißchen entschwinden zu können, entführt euch das *Roots Music Festival* in die Musikkultur der südlichen Regionen Afrikas. Zum 7-jährigen Jubiläum des Festivals werden uns dieses Jahr wunderbare Bands zwei Abende lang mit ihrer fantastischen Musik unterhalten und in der ((szene)) Wien ordentlich einheizen.

Die Bands werden bei diesem Festival die bunten und vielseitigen Fassetten afrikanischer Musik präsentieren und dabei für positive feel-good Stimmung sorgen. Den Anfang macht die unglaubliche Gruppe *Mokoomba* aus Zimbabwe, die am 2. November die ((szene)) Wien mit ihren fetzigen Rhythmen, knackigen Beats und besonderen Melodien rocken wird. Weiter geht es mit der traumhaften Band *Shishani & the Namibian Tales*, die am zweiten Tag des Festivals das Publikum verzaubern wird. Mit ihren himmlischen Harmonien und berührenden Texten nehmen sie uns mit auf eine Reise durch fantastische neue Welten.

Das Ziel des Roots Music Festivals ist es, interkulturellen Dialog zwischen Künstlern und Künstlerinnen aus dem südlichen Afrika und Österreich zu fördern und mehr Auftrittsmöglichkeiten und Vernetzungen mit anderen Festivals in Österreich zu schaffen. Durch Roots Music from Southern Africa wird afrikanischen und österreichischen Künstler/innen eine Plattform geboten, auf der sie ihre außergewöhnliche Musik einem größeren Publikum näher bringen können.

Kommt mit uns auf diese Reise und entdeckt die Musik und die Traditionen der wunderschönen südafrikanischen Regionen. Don't miss it!

Blessings Nqo

Mokoomba: 2. November

Shishani and the Namibian Tales: 3. November

Doris Kayenga and Band (Congo/Wien): ebenso am 3. November

Für SADOCC- und ÖNG-Mitglieder ermäßigter Eintritt!



... sadocc news ...

Fotowettbewerb in Namibia.

Mit einer kleinen Feierstunde in den Seminarräumen von *Friendly Haven* in Hochland Park endete kürzlich der Fotowettbewerb für Schülerinnen und Schüler der obersten Klassen der *Khomastura High School* in Khomasdal.

Der Wettbewerb war von Schuldirektorin Lydia Williams in Zusammenarbeit mit der *Österreichischen Namibia-Gesellschaft* organisiert worden. Aus den 45 eingereichten Fotos



wurden in Wien von einer Jury die drei besten ausgewählt; weitere drei Nominierungen erfolgten durch die Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft.

Die Preise der Jury gingen an Gerhard Madi, Romagna Jonker und Frida Heskiel, die Publikumspreise an Glodin van Wyk, Filomena Joseph und Mercy Oasis.

Das Thema des Wettbewerbs „*Meine Schulfreunde und ich – unsere Kreativität, Freude und Diversität*“ sei von den jungen Fotograf/inn/en in sehr einfallsreicher und humorvoller Weise umgesetzt worden, betonte der Vertreter der ÖNG, Bernhard Bouzek, bei der Übergabe der Urkunden und Geldpreise in Gegenwart von Lehrkräften und Eltern. Direktorin Lydias Williams dankte der ÖNG für die gute Kooperation: „*Wir alle in Khomastura High School waren begeistert, und für unsere Schüler und Schülerinnen war es eine Auszeichnung, an dem Wettbewerb teilzunehmen. Wie enthusiastisch sie waren, kommt in ihren Fotos deutlich zum Ausdruck.*“

Forum Südliches Afrika

Donnerstag, 19. Oktober 2017, 19.00 Uhr

Sieben magere Jahre Pastor Beyers Naudé und der Widerstand gegen die Apartheid

Walter Sauer

Ort: SADOCC, Favoritenstraße 38/Stiege 18/1, 1040 Wien

Am 19. Oktober 1977 – wenige Wochen nach der Ermordung von Steve Biko im Gefängnis – verbot das damalige Regime in Südafrika 18 Widerstandsorganisationen sowie zwei Tageszeitungen und stellte mehrere prominente Kritiker der Apartheid unter Bann. Unter diesen befand sich der holländisch-reformierte Theologe und Direktor des *Christlichen Instituts*, Christiaan Frederick Beyers Naudé, der sich als kirchlicher Dissident seit Jahren für die Gleichberechtigung von Schwarzen und Weißen eingesetzt hatte.

Sieben Jahre lang war Beyers Naudé in Südafrika gebannt. Sein Leben in dieser Zeit wird von den meisten Biographen ausgespart. Neue Quellen werfen nun erstmals Licht auf seine rastlose Tätigkeit im Untergrund: mehr als hundert persönliche Briefe, die unter hohem Risiko

aus Südafrika herausgeschmuggelt wurden und in denen er zu politischen und organisatorischen Fragen des Widerstands Stellung nimmt. Zum Aufschwung der *United Democratic Front* in den frühen 80er Jahren leistete

Naudé einen wichtigen Beitrag. 1985 wurde er als Nachfolger von Desmond Tutu zum Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates gewählt, 1990 berief ihn Nelson Mandela in die erste Verhandlungsrunde zwischen dem ANC und der Regierung.

Walter Sauer ist SADOCC-Vorsitzender und Research Associate der *University of Stellenbosch*. Er arbeitet gemeinsam mit Horst Kleinschmidt, Retief Muller und Murray Coetzee an einem Buch über „Beyers Naudé unter Bann“.

**Veranstaltungen im
Rahmen des Forums Südliches Afrika erhalten
SADOCC-Mitglieder laufend zugesendet.**

Nachrufe. SADOCC trauert um den am 25. 8. verstorbenen ehemaligen Nationalrats- und EU-Abgeordneten Albrecht K. Konecny. Gemeinsam mit Waltraud Horvath (später Schütz) zählte er zu den aktivsten parlamentarischen Unterstützern der Anti-Apartheid-Bewegung in den 1980ern.

Wir trauern weiters um unser Grazer Mitglied Heimo Leberl, der am 10. Juni verstorben ist. Sein Engagement für die Unabhängigkeit Zimbabwes bleibt unvergessen, ebenso auch sein Bemühen um eine moderne Arbeitsmarktpolitik.

Hamba kahle!

Impressionen vom Wiener Nelson-Mandela-Tag 2017



von Richard Pobaschnig

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

.....

bezahlte Anzeige

Servicestellen im Überblick

ÖSTERREICHWEIT - KOSTENLOS - BARRIEREFREI



Service für Bürgerinnen und Bürger *des Sozialministeriums*

Mo bis Fr 8:00 bis 16:00 Uhr

Tel.: 01 711 00-86 22 86
E-Mail: buergerservice@sozialministerium.at



Broschürenservice *Broschüren-Bestellservice des Sozialministeriums*

Mo bis Fr 8:00 bis 16:00 Uhr

Tel: 01 711 00-86 25 25
E-Mail: broschuerenservice@sozialministerium.at
Web: www.sozialministerium.at/broschuerenservice



Allgemeine Informationen *Für Ihre Anregungen und allgemeinen Anfragen:*

E-Mail: post@sozialministerium.at



sozialministerium.at



fb.com/sozialministerium



01 711 00-86 22 86